

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Grosse Parteien</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Anderes</b>
Datum	<b>01.01.1998 - 01.01.2018</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernath, Magdalena  
Brändli, Daniel  
Bühlmann, Marc  
Hohl, Sabine  
Schoenholtz, Stephan

## Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Hohl, Sabine; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Grosse Parteien, Anderes, 2000 - 2015*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	<b>1</b>
Parteien	1
Grosse Parteien	1

## Abkürzungsverzeichnis

<b>UVEK</b>	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
<b>AUNS</b>	Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
<b>UBI</b>	Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen
<b>Büro-NR</b>	Büro des Nationalrates
<b>EWR</b>	Europäischer Wirtschaftsraum
<b>WAK-NR</b>	Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats
<b>GSoA</b>	Gruppe für eine Schweiz ohne Armee

---

<b>DETEC</b>	Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication
<b>ASIN</b>	Action pour une Suisse Indépendante et Neutre
<b>AIEP</b>	Autorité indépendante d'examen des plaintes en matière de radio-télévision
<b>Bureau-CN</b>	Bureau du Conseil national
<b>EEE</b>	l'Espace économique européen
<b>CER-CN</b>	Commission de l'économie et des redevances du Conseil national
<b>GSsA</b>	Groupe pour une Suisse sans Armée

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Grosse Parteien

ANDERES  
DATUM: 03.08.2000  
DANIEL BRÄNDLI

In seiner Ansprache zum Nationalfeiertag vertrat Durrer die **These vom Ende der Konkordanz**. In kaum einem anderen Land würden Parteien mit mittlerweile derart unterschiedlichen Grundüberzeugungen (insbesondere in der Steuer-, Sicherheits- und Integrationspolitik) eine Regierung bilden. An die Stelle des offenen Dialogs sei ein aggressiver Politstil getreten. Durrer propagierte eine von Legislative zu Legislative neu zu bestimmende Regierungszusammensetzung, die aufgrund eines Basiskonsensus in zentralen Fragen gebildet werden müsste. Bei der Ersatzwahl für den SVP-Bundesrat Ogi vom Dezember zeigte allerdings die CVP-Fraktion kein Interesse an den Plänen der SP, die SVP aus der Regierung zu werfen.<sup>1</sup>

ANDERES  
DATUM: 05.12.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Die im Vorjahr lancierte **Steuerstopp-Initiative** der FDP wurde Anfangs Dezember fallen gelassen. In einer Pressemitteilung erklärte die Parteileitung, es seien nur 60'000 Unterschriften zustande gekommen.<sup>2</sup>

ANDERES  
DATUM: 09.12.2002  
MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung vom Dezember fassten die Sozialdemokraten die **Parolen für die Volksabstimmung vom 9. Februar 2003**: Nein zur Reform der Volksrechte, welche unter anderem die Einführung einer Einheitsinitiative vorsieht (wobei die SP mit der ihrer Ansicht nach zu hohen Unterschriftenzahl nicht einverstanden war) und Ja zur Anpassung der kantonalen Beiträge für die innerkantonalen Spitalbehandlungen. Nach einer angeregten Diskussion über die von der Leitung der Post im Oktober angekündigte Reorganisation und Reduktion der Briefzentren verabschiedeten die Sozialdemokraten eine Resolution "für einen guten Service public", welche vom Bundesrat den Verzicht auf die geplante Absenkung der Monopolgrenze bei der Briefpost verlangt. Hauptereignis des Parteitags bildete jedoch der Auftritt der wenige Tage zuvor zur Bundesrätin gewählten Micheline Calmy-Rey.<sup>3</sup>

ANDERES  
DATUM: 12.08.2003  
MAGDALENA BERNATH

In einem Positionspapier zur **Verkehrspolitik** wies die FDP darauf hin, dass es nur dank der Mobilität sichere Arbeitsplätze in der Schweiz gebe. Die Verkehrsinfrastruktur zu Lande, zu Wasser und in der Luft müsse aus einer Gesamtschau heraus regelmässig erneuert und bei Bedarf ausgebaut werden, ohne jedoch die natürlichen Lebensgrundlagen zu gefährden. Deshalb plädierten die Freisinnigen für eine Beseitigung von Engpässen auf den Nationalstrassen und in den Agglomerationen, wie sie der hängige Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative vorsieht. In diesem Sinne trete die FDP auch für eine zweite Strassentunnelröhre durch den Gotthard ein, sofern die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahn nicht behindert werde. Die Neat trage sie weiterhin mit.<sup>4</sup>

ANDERES  
DATUM: 06.12.2003  
MAGDALENA BERNATH

Um die Diskussion an der Basis über die **Zukunft der Partei** anzuregen, setzte die FDP Anfang Dezember drei Arbeitsgruppen ein: Die erste Arbeitsgruppe „avenir radical“ unter der Leitung des neu gewählten Zürcher Nationalrats und FDP-Vizepräsidenten Ruedi Noser sollte das Programm der FDP durchleuchten; die zweite Arbeitsgruppe „Wahlvorbereitung April04“ unter der Leitung der Appenzell Ausserrhoder Nationalrätin und FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner befasste sich mit Personalfragen, welche im Rahmen der turnusgemässen Wahlen für Präsidium und Geschäftsleitung an der FDP-Delegiertenversammlung vom April 2004 geregelt werden sollen; die dritte Arbeitsgruppe unter der Leitung von Generalsekretär Guido Schommer hatte schliesslich den Auftrag, die Parteistrukturen zu überprüfen. Das Ziel sei eine flexiblere und effizientere Arbeitsweise. Das gesamte Projekt wird den Delegierten im Januar 2004 vorgestellt.<sup>5</sup>

ANDERES  
DATUM: 31.12.2003  
MAGDALENA BERNATH

Obschon die CVP einen aufwändigen Wahlkampf betrieben hatte, musste sie 7 Nationalratsmandate abgeben; besonders hoch waren die Verluste in ihren traditionellen Stammlanden. Als erste Reaktion auf die Wahlniederlage stellte CVP-Präsident Philipp Stähelin sein Amt zur Verfügung; die Parteileitung sprach ihm jedoch das Vertrauen aus. Sie schloss den Rückzug eines ihrer Bundesratsmitglieder zugunsten von Christoph Blocher (svp, ZH), den SVP-Präsident Ueli Maurer am Wahlabend gefordert hatte, aus; für die Regierungsbildung stehe die Handlungsfähigkeit des künftigen Bundesrates im Vordergrund. Dieser Entscheid stiess parteiintern nicht auf einhellige Zustimmung; so erklärte der ehemalige CVP-Präsident, Ständerat Carlo Schmid (AI), man käme um einen Bundesrat Blocher nicht mehr herum. Ende Oktober entschied die CVP-Fraktion mit 33:5 Stimmen, mit beiden Bundesratsmitgliedern zur Wiederwahl anzutreten und der Vereinigten Bundesversammlung damit die Entscheidung über die künftige Regierungszusammensetzung zu überlassen. Gemäss Fraktionschef Jean-Michel Cina (VS) anerkenne die CVP den Anspruch der SVP auf einen zweiten Bundesratssitz. Ihrer Meinung nach solle die SVP jedoch den Sitz des zurücktretenden FDP-Bundesrats Kaspar Villiger einnehmen; mit drei Sitzen im Bundesrat und mit der Bundeskanzlerin sei der gemäss Cina neu formierte Rechtsblock von SVP und FDP angemessen vertreten. Dieses Vorgehen stiess bei einigen CVP-Kantonalparteien wie jener von Luzern auf Kritik, weil diese auf die Zusammenarbeit mit der FDP angewiesen sind. Am 10. Dezember **bestätigte** das Parlament **nicht CVP-Bundesrätin Ruth Metzler**, sondern wählte Christoph Blocher (svp, ZH) in die Regierung. Die Parteileitung der CVP wies jegliche Mitschuld an der Abwahl ihres Regierungsmitglieds von sich und erklärte, die CVP wolle ihr Glück in einer „Politik der radikalen Mitte“ suchen und sich programmatisch erneuern. Die Fraktion werde Ende Januar 2004 in Klausur gehen und im Frühling einen „Grundsatzparteitag“ durchführen.<sup>6</sup>

ANDERES  
DATUM: 31.12.2005  
MAGDALENA BERNATH

Eine Woche, nachdem die SVP die nötigen Unterschriften für das Referendum gegen die **Abkommen von Schengen und Dublin** eingereicht hatte, sprachen sich die Delegierten an ihrem Parteikongress im Mystery Park in Interlaken (BE) erneut gegen die Vorlage aus – 2004 hatten sie sich bereits zweimal für ein Nein entschieden. Die Nein-Parole zum Partnerschaftsgesetz beschloss der Zentralvorstand.<sup>7</sup>

ANDERES  
DATUM: 31.12.2005  
MAGDALENA BERNATH

In den **kantonalen Parlamentswahlen** verlor die SVP insgesamt 8 Sitze: sechszwanzig im Aargau und vier in Solothurn (in beiden Kantonen waren die Legislativen verkleinert worden); in Neuenburg schaffte sie dafür den Sprung in den Grossen Rat gleich mit siebzehn Abgeordneten; zulegen konnte sie auch im Wallis mit vier Sitzen und in Genf mit einem Mandat. Während es der SVP in den Ersatzwahlen für den Regierungsrat des Kantons Zürich nicht gelang, den Sitz ihres zurückgetretenen Vertreters Christian Huber zu verteidigen, zog sie in **Luzern** mit **Daniel Bühlmann** erstmals in die Exekutive ein.

ANDERES  
DATUM: 22.06.2006  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Unterschiedliche Positionen bezogen Parteileitung und Basis zu einer Volksinitiative gegen **Kriegsmaterialexporte**, die Grüne und die „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee“ (GSoA) lanciert hatten. Die Geschäftsleitung hatte die Initiative bereits im Vorfeld der Delegiertenversammlung abgelehnt, da ein Grossteil derartiger schweizerischer Exporte in die europäischen Nachbarstaaten gehe und somit ein Beitrag zur kollektiven Sicherheit darstelle. Ausserdem verwies die Parteiführung darauf, dass eine weitere Initiativbeteiligung die Kapazitäten der SP überstrapazieren würde. Mit einem engagierten Plädoyer gelang es Nationalrat Remo Gysin (BS) jedoch, die Anwesenden zur beinahe einstimmigen Unterstützung der Volksinitiative gegen Kriegsmaterialexporte zu bringen. Schliesslich lehnten die Delegierten ohne Gegenstimmen die Asyl- und Ausländergesetze ab, während sie ebenso einmütig die Ja-Parole zur Kosa-Initiative fassten.<sup>8</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 05.07.2006  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Auf ihrer Versammlung in Näfels (GL) im März verabschiedeten die Delegierten einstimmig den zweiten Teil der **Europaplattform**, der sich auch als Beitrag der SP zum Bundesratsbericht zum selben Thema verstand. Nach dem institutionellen ersten Teil setzt sich die SP darin mit den Vor- und Nachteilen eines EU-Beitritts bezüglich konkreter sozialer, wirtschaftlicher und finanzieller Aspekte auseinander. Den Beitritt befürwortet die Partei weiterhin und sie hält ihn schon bis zum Jahr 2012 für durchführbar. Zu Gunsten baldiger Beitrittsverhandlungen führte Nationalrat Jean-Claude Rennwald (JU) die Grenzen der Bilateralen Verträge und die Notwendigkeit einer aktiven Mitbestimmung der Schweiz ins Feld. Auf diese Weise könne die Schweiz zusätzliches Wachstum und soziale Sicherheit gewinnen. Allerdings seien in verschiedenen Bereichen Übergangsperioden notwendig, so für die stufenweise Erhöhung der Mehrwertsteuer auf das europäische Niveau von mindestens 15%, in der Agrarpolitik und für die Beitragszahlungen. Ausserdem müsse es für die Schweiz dauerhafte Ausnahmen geben: Die Liberalisierung des Strommarkts dürfe nur mit Volksentscheid beschlossen werden, der öffentliche Dienst sei von einer Liberalisierung auszunehmen und es dürfe keinen Zwang zur Übernahme der europäischen Währung geben. Auch für die Senkung der Monopolgrenzen für Briefpost und Telekommunikation seien Ausnahmen auszuhandeln. Im Juli präsentierte die Arbeitsgruppe Europa der SP dann konkrete vorbereitende Schritte **für eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz**. Im einzelnen regte sie etwa die Schaffung einer parlamentarischen Delegation für europäische Angelegenheiten an, deren Aufgabe es wäre, die europäische Gesetzgebung mitzuverfolgen.<sup>9</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 31.12.2006  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Der Parteitag in Sursee (LU) im September stand im Zeichen der Verabschiedung der **Wahlplattform „Für eine offene und ökologische Schweiz“**. Neben der Forderung nach raschen Beitrittsverhandlungen mit der EU liegt der Schwerpunkt des Programms auf der Fiskalpolitik, mit dem Engagement gegen den Steuerwettbewerb und degressive Steuern als zentralem Punkt. In diesem Sinn befürworteten die Delegierten einstimmig die Lancierung der Volksinitiative „Für faire Steuern“. Diese verlangt zwar keine vollständige materielle Steuerharmonisierung, aber einen Grenssteuersatz der Gemeinde- und Kantonssteuern von mindestens 22% für individuelle Einkommen ab 250'000 Fr. Bei Vermögen von über 2 Mio Fr. soll der Steuersatz zumindest 0,5% betragen müssen, während die Kantone ihre Sätze unterhalb der 250'000-Franken-Marke frei festlegen dürften. Insgesamt bot die Wahlplattform, die in vielen Punkten dem letzten Wahlprogramm glich, wenig Anlass zur Diskussion. Lediglich bezüglich der Europa-Politik kam es erneut zu einer Debatte über die bilateralen Verträge und die Wahrung des Service public. Zum Wahlziel setzte man sich, stärkste Fraktion zu werden und als solche aktiv die Regierungspolitik mitzugestalten. Fraktionschefin Ursula Wyss forderte eine neue Mitte-Links-Mehrheit in der Regierung, wobei sie ausdrücklich das Mandat des Freisinnigen Hans-Rudolf Merz in Frage stellte. Auch Parteipräsident Hans-Jürg Fehr übte scharfe Kritik an der politischen Rechten und machte sich für einen dritten linken Regierungssitz stark. Ausserdem gaben die Delegierten zwei klare Ja-Parolen heraus: Das Osthilfe-Gesetz wurde mit 314:1 Stimmen, die Familienzulagen mit 272:0 Stimmen befürwortet.<sup>10</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 31.12.2006  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

In den **kantonalen Parlamentswahlen** gingen der CVP acht Sitze in Freiburg verloren, fünf in Graubünden, drei in Zug sowie je ein Sitz im Jura und in Nidwalden, wobei sich die Christlichdemokraten dort trotzdem überall als stärkste Fraktion behaupten konnten. Auch in Bern und Glarus büsste die CVP je einen Sitz ein. Diesen 20 Sitzverlusten stand lediglich der Gewinn von zwei zusätzlichen Parlamentssitzen in Obwalden gegenüber. Den Christlichdemokraten gelang es in allen Kantonen, in denen sie an der Regierung beteiligt waren, ihre Mandate vollständig zu halten.

**ANDERES**  
DATUM: 12.12.2008  
SABINE HOHL

Im November kündigte Bundesrat Samuel Schmid seinen Rücktritt an. Durch ihre heftigen Angriffe auf ihn und seine Arbeit hatte die SVP zu dieser Entwicklung beigetragen. Der Partei bot sich nun die Möglichkeit einer Bundesratskandidatur. Mit Spannung wurde erwartet, ob die SVP erneut Christoph Blocher nominieren würde – was angesichts seiner geringen Wahlchancen einem freiwilligen Verbleib in der Opposition gleichgekommen wäre. Die SVP-Bundeshausfraktion entschied sich für ein Zweierticket mit Christoph Blocher und Ueli Maurer. **Ueli Maurer** wurde am 10. Dezember äusserst knapp in den Bundesrat gewählt – mit 122 Stimmen im dritten Wahlgang, was genau dem absoluten Mehr entsprach. Einer Wahl nahe war der Präsident des Bauernverbands, Hansjörg Walter (svp, TG) mit 121 Stimmen gewesen.

Blocher erhielt im ersten Wahlgang 54 Stimmen. Walter hatte vor der Wahl erklärt, er würde das Bundesratsamt ablehnen. Nach Einschätzungen in der Presse setzte ihn die SVP-Parteispitze diesbezüglich stark unter Druck. Mit der Wahl Maurers konnte die SVP einen linientreuen Vertreter in die Regierung bringen.<sup>11</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 01.09.2009  
SABINE HOHL

Ebenfalls im Juni wurde bekannt, dass die CVP für den nach dem Rücktritt von Pascal Couchepin (fdp) **frei gewordenen Bundesratssitz** eine Kandidatur lancieren würde. Ihren Sitzanspruch begründete die CVP damit, dass die Position der Mitte in der Regierung gestärkt werden müsse. Zudem wies die CVP darauf hin, dass die CVP-GLP-EVP-Fraktion in der Bundesversammlung grösser sei als die freisinnig-liberale Fraktion, weshalb der CVP eher zwei Bundesratssitze zuständen als der FDP. Als CVP-Kandidat war von Anfang an Ständerat Urs Swaller (FR) im Gespräch, der im August dann auch öffentlich sein Interesse an einer Wahl erklärte und von der Fraktion nominiert wurde. Als Schwierigkeit stellte sich jedoch heraus, dass der aus dem deutschsprachigen Teil des Kantons Freiburg stammende Swaller nicht als Romand wahrgenommen wurde. Für die Rückeroberung eines zweiten Bundesratssitzes wäre die CVP auf die Unterstützung der Linksparteien angewiesen gewesen. Diese hatten jedoch kein starkes Interesse daran, die CVP-Kandidatur zu unterstützen. Bei der Wahl setzte sich der FDP-Kandidat Didier Burkhalter durch.<sup>12</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 20.04.2010  
MARC BÜHLMANN

In einem Grundlagenpapier äusserte sich eine Gruppe um Nationalrat Ulrich Schlüer (ZH) zur **Bildungspolitik**. Darin stellt sich die SVP gegen den integrativen Unterricht, wonach Sonderklassen abgeschafft und in die Regelklassen integriert werden sollen. Kinder von Migrant(-in)en sollen erst in Regelklassen eintreten dürfen, wenn sie über genügend Deutschkenntnisse verfügen. Schlüer stellte zudem eine Verweiblichung der Schule fest und forderte mehr Lehrer statt Lehrerinnen. Schliesslich müsse im Kindergarten wieder in Mundart und nicht in Hochsprache unterrichtet werden. Das leicht überarbeitete Bildungspapier wurde an der Delegiertenversammlung Mitte Oktober an einem Sonderparteitag verabschiedet.<sup>13</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 16.07.2010  
MARC BÜHLMANN

Bereits im Januar des Berichtsjahrs an der Albigütlitagung läutete Christoph Blocher mit einer Rede gegen die Classe politique die **Wahlen 2011** ein. Wer für die Schweiz sei, müsse SVP wählen. Mit zwei neu lancierten Volksinitiativen will man im Wahljahr ebenfalls punkten. Ende Januar begann die Unterschriftensammlung für die Initiative für eine Volkswahl des Bundesrates. Mit einer Familieninitiative will die SVP, dass Steuerabzüge nicht nur für fremd betreute Kinder geltend gemacht werden können, wie dies in der 2009 beschlossenen Familienbesteuerungsreform beschlossen worden war, sondern dass auch Familien, die ihre Kinder selber betreuen, davon profitieren können. Mitte Juli gab die SVP bekannt, dass Hans Fehr eine zentrale Führungsposition für den **Wahlkampf 2011** übernehmen werde. Fehr trat daraufhin nach zwölf Jahren als Präsident der Auns zurück.<sup>14</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 13.10.2010  
MARC BÜHLMANN

Für einen Eklat sorgte SP-Präsident Christian Levrat, der – unzufrieden mit der **Departementsverteilung** nach den Bundesratsersatzwahlen – den Präsidenten der FDP Fulvio Pelli der Lüge bezichtigte. Die FDP hätte versprochen, dass sie einen Departementswechsel der Bundesräte Maurer und Widmer-Schlumpf verhindern würde und einer Sitzverteilung nach dem Anciennitätsprinzip nicht entgegenstehen würde, unter der Bedingung, dass die SP den FDP-Bundesratssitz unterstützte. Beide Versprechen hätten die Freisinnigen nicht eingehalten. Die grosse Rochade bei der Departementsverteilung hatte zur Folge, dass die SP nicht nur das Uvek an die CVP abgeben musste, sondern auch, dass Bundesrätin Sommaruga als Konsumentenschützerin nicht das Volkswirtschaftsdepartement erhielt, sondern als Nichtjuristin das EJPD übernehmen musste. Pelli seinerseits kündigte eine Verleumdungsklage gegen Levrat an. Die Causa Levrat-Pelli beschäftigte die Presse einige Tage lang, bevor der Streit Mitte Oktober mit einer dünnen Medienmitteilung beigelegt wurde.<sup>15</sup>



**ANDERES**  
DATUM: 16.04.2011  
MARC BÜHLMANN

Rückenwind erhofften sich die Genossen im Wahlkampf dank der **Cleantech-Initiative**, die sie bereits im März 2010 lanciert hatten und in deren Folge sie sich die Schaffung neuer Arbeitsplätze erhoffen. Der Ausstieg aus der Abhängigkeit von Atom- und Erdölenergie und die konsequente Umstellung auf erneuerbare Energien und saubere Technologien würden eine nachhaltige Wirtschaftsbranche mit entsprechendem Arbeitsplatzpotential schaffen. Das Begehren wurde kurz vor den Wahlen mit 104'788 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Mit Hilfe von Initiativen lasse sich der Wahlkampf auf der Strasse führen, gab Präsident Levrat zu Protokoll. Mit der Lancierung der Einheitskrankenkassen- und der Mindestlohninitiative sollte Anfang 2011 zusätzlich mobilisiert werden. Im März des Berichtsjahres reichte die Juso zudem mit 113'005 beglaubigten Unterschriften die 1:12-Initiative ein.<sup>16</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 13.08.2011  
MARC BÜHLMANN

Für Unmut sorgte der **Parteiwechsel** von Thomas Müller (SG) von der CVP zur SVP. Die via Medien verbreitete Ankündigung Müllers wurde als stillos bezeichnet. Der amtierende Nationalrat wurde in der Folge von seiner Partei, bei der er über 40 Jahre Mitglied war, aufgefordert, sein Nationalratsmandat in der Frühlingssession abzugeben. Müller weigerte sich allerdings und verteidigte seinen Sitz bei den Wahlen im Herbst erfolgreich – für die SVP. CVP-interne Missstimmung wurde in der Folge auch für Übertritte in den Kantonen Schwyz und Freiburg verantwortlich gemacht. Die Ankündigung der Demission von Reto Wehrli (SZ) im Februar wurde auf einen parteiinternen Streit über die Besetzung des Ständeratssitzes zurückgeführt. Im Kanton Freiburg legte Emanuel Waeber sein Amt als Parteipräsident im März per sofort nieder. Waeber strebte in der Folge ebenfalls einen Wechsel zur SVP an. Die Führung der Freiburger Sektion wurde ad Interim von Nationalrätin Thérèse Meyer und Ständerat Urs Schwaller übernommen. Die Dissidenten warfen der Parteileitung insbesondere vor, gegen den erklärten Willen der konservativen Kräfte einen dezidiert sozialliberalen Kurs zu verfolgen und damit den rechten Parteiflügel zu sehr zu vernachlässigen. Bereits 2010 waren die ehemalige Zürcher Kantonsrätin Susanne Brunner und der Bündner Grossrat Livio Zanolari von der CVP zur SVP übergelaufen.<sup>17</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 03.10.2011  
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung in Biel Anfang Oktober beauftragten die Parteimitglieder ihre Spitze, dafür zu sorgen, dass der **Kampfflugzeugkauf** mit einer Volksabstimmung entschieden werde, egal ob mittels Referendum oder Initiative. In der Folge sammelte die SP Unterschriften für eine Petition gegen neue Kampfjets.<sup>18</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 03.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Die Umsetzungsvorschläge zur **Ausschaffungsinitiative**, die nach der Annahme des Begehrens im November 2010 von einer Arbeitsgruppe im Auftrag des EJPD ausgearbeitet und Ende Juni in einem Schlussbericht vorgelegt wurden, stiessen bei der SVP auf grosse Kritik. Die Partei beanstandete insbesondere, dass bei den Vorschlägen eine Auflistung der Delikte fehle, die zu einem Landesverweis führen sollen. Zudem mangle es an einer expliziten Festhaltung, dass die Ausschaffung unabhängig vom Strafmass zu erfolgen habe. Um die ursprüngliche Idee durchzusetzen, plante die SVP eine erneute Initiative, mit der ihr Vorschlag zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative in der Verfassung festgeschrieben werden soll. An der Delegiertenversammlung in Gossau am 1. Oktober wurde die Lancierung dieser neuen Initiative beschlossen, der Start der Unterschriftensammlung aber auf 2012 verschoben.<sup>19</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 23.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Ihr Abschneiden bei den eidgenössischen Wahlen wertete die SP als Erfolg. Im Vergleich zu den Wahlen 2007 büsste sie zwar bei den **Nationalratswahlen** erneut Wählerstimmen ein (-0,8 Prozentpunkte). Der Wähleranteil von 18,7% bedeutete das dritt schlechteste Resultat in ihrer Geschichte. Nur 1987 (18,4%) und 1991 (18,5%) hatte sie schlechter abgeschnitten. Allerdings konnte sie die Verluste nicht nur begrenzen – bei den Wahlen 2007 hatten die Sozialdemokraten noch 3,8 Prozentpunkte eingebüsst – sondern dank Proporzglück auch in drei Sitzgewinne gegenüber 2007 ummünzen. Nimmt man die Anzahl Sitze unmittelbar vor den Wahlen als Ausgangspunkt, resultierte gar der Gewinn von fünf Mandaten. Während der Legislatur hatte die SP nämlich den Glarner Sitz des zurückgetretenen Werner Marti an die BDP verloren und einen Berner Sitz hatte sie aufgrund des Parteiaustritts von Ricardo Lumengo eingebüsst. Sitze gewinnen konnte die SP in den Kantonen Waadt (+2), Freiburg, Solothurn, und Wallis (je 1). Allerdings mussten die Genossen im Tessin und, wie erwähnt, in Glarus einen

Sitzverlust hinnehmen. Insgesamt verfügte die SP damit im Nationalrat neu über 46 Mandate. An Wähleranteilen zulegen konnten die Sozialdemokraten insbesondere in den Kantonen Freiburg, St. Gallen und in der Waadt. Grössere Verluste musste die SP hingegen in den Kantonen Zug, Basel-Stadt, Graubünden und Jura hinnehmen. In vier Kantonen ging die SP als wählerstärkste Partei hervor: in Freiburg (26,7%), in Basel-Stadt (29,1%), in der Waadt (25,2%) und in Genf (19,1%). In der Romandie (23,2%) verfügte die SP denn auch über eine grössere Wählerschaft als in der deutsch- (17,6%) und in der italienischsprachigen Schweiz (16,8%).<sup>20</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 30.06.2012  
MARC BÜHLMANN

Gespalten war die CVP bei der **Asylpolitik**. Vor der Asyldebatte in der Sommersession hatten sich einige CVP-Nationalräte unter Führung des Zegers Gerhard Pfister für eine Streichung der Sozialhilfe für Asylbewerber ausgesprochen. Nur noch Nothilfe soll gewährt werden. Präsident Darbellay befand, dies sei mit der humanitären Tradition der Partei nicht kompatibel. Letztlich verhalfen aber die CVP-Parlamentarier der verschärften Asylgesetzrevision zum Durchbruch. Nicht nur der Idee von Not- statt Sozialhilfe, sondern auch den gesonderten Zentren für renitente Asylsuchende, der Abschaffung von Dienstverweigerung als Asylgrund und der Streichung der Möglichkeit, bei Botschaften Asylgesuche zu stellen, verschafften die CVP-Räte zu einer knappen Mehrheit. Damit wurde die Parteispitze – auch Fraktionspräsident Schwaller sprach sich gegen die Neuerung aus – in der Asylpolitik desavouiert.<sup>21</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 03.10.2012  
MARC BÜHLMANN

Der seit 1999 als Nationalrat amtierende **Peter Spuhler** (TG) gab Anfang Oktober seinen Rücktritt per Ende 2012 bekannt. Als Grund gab er an, sich stärker auf sein Unternehmen konzentrieren zu wollen. Spuhler, der dem liberalen Wirtschaftsflügel innerhalb der SVP zugerechnet wurde, war 2008 ein paar Monate nach der Abwahl Christoph Blochers aus dem Bundesrat als interner Kritiker aufgetreten und hatte Blocher den Rücktritt nahegelegt. Nationalräte anderer Parteien sahen im Thurgauer Unternehmer ein Korrektiv innerhalb der SVP, das in Zukunft fehlen werde. Die SVP verliere einen Patron.<sup>22</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 03.12.2012  
MARC BÜHLMANN

Das Nein zum **EWR** vor 20 Jahren war Anlass für eine Gedenkfeier, welche die SVP gemeinsam mit den SD, der EDU und der Auns in Biel durchführte. Rund 1'500 folgten der Einladung der Partei, bei der Christoph Blocher die Festrede übernahm. Blocher warnte, dass der Bundesrat heute wie damals heimlich einen EU-Beitritt plane und dass es gelte, wachsam zu bleiben. Aus Angst vor Protestaktionen wurde das Festgelände von einem grossen Polizeiaufgebot gesichert. Zu Ausschreitungen kam es nicht.<sup>23</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 31.12.2012  
MARC BÜHLMANN

Anders sehen die Kräfteverhältnisse bei den Mandaten in den kantonalen Regierungen aus. Hier blieb die SVP nach wie vor Juniorpartnerin. Zwar konnte sie in den acht Kantonen, in denen **Gesamterneuerungswahlen für die kantonalen Regierungen** stattfanden, alle ihre Sitze halten und in Schwyz sogar auf Kosten der SP einen dritten Sitz erringen, insgesamt hatte die Volkspartei aber Ende 2012 in allen 26 Kantonen nur 19 Regierungssitze inne. Zum Vergleich: die FDP stellte Ende Berichtsjahr 45 Regierungsmitglieder, für die CVP sass 39 Personen in einer kantonalen Exekutive und die SP regierte mit 32 Personen in den Kantonen mit. In den französischsprachigen Kantonen war die SVP seit Ende 2011 gar nicht mehr vertreten. Ihr Versuch, den Ende 2011 verlorenen einzigen Romandie-Sitz im Kanton Waadt zurückzuerobern, scheiterte genauso wie ihre Angriffe auf zusätzliche Sitze in den Kantonen Aargau, St. Gallen und Uri bzw. auf eine Regierungsbeteiligung im Kanton Basel-Stadt. Aufgrund ihrer Stärke einermassen proportional vertreten war die SVP nur im Kanton Schwyz, wo sie neu drei Regierungsräte stellte. In den meisten Kantonen scheint sich der teilweise starke Oppositionskurs der SVP also nach wie vor nicht in Regierungsbeteiligungen ummünzen zu lassen. In der Westschweiz wurden parteiinterne Ideen für Proporz- statt Majorzregierungswahlen reaktiviert. Da die SVP alleine keine Chance habe, in die Regierung zu kommen, müsse man vielleicht die Wahregeln ändern, liess sich etwa Jean-François Rime (FR) zitieren.

ANDERES  
DATUM: 21.10.2013  
MARC BÜHLMANN

Die Vernehmlassungsantwort der FDP zur Energiestrategie 2050 wurde als konsolidierte Position der Freisinnigen nach mehreren Jahren des Ringens um die **Energiepolitik** der Partei interpretiert. Die FDP hatte sich nach der Atomkatastrophe in Japan 2011 lange schwer getan, eine nachvollziehbare Position aufzubauen. Sie sprach sich in ihrer Stellungnahme von Anfang Februar gegen die gesetzliche Verankerung eines Atomausstiegs aus. Zwar lehne man den Bau von Reaktoren der heutigen Technologie ab, ein grundsätzliches Technologieverbot unterstütze die FDP aber nicht. Mitte Oktober dachte FDP-Parteipräsident Philipp Müller laut über die Einführung einer Ökosteuer nach, um den Energieverbrauch zu senken. Die höhere Besteuerung von Energie statt Arbeit sei sinnvoll. In einem parteiintern nicht nur auf Wohlwollen stossenden Interview in der Sonntagszeitung forderte Müller ein ökologischeres Profil für die FDP.<sup>24</sup>

ANDERES  
DATUM: 22.11.2013  
MARC BÜHLMANN

Zur Legislaturhalbjahr zog die SP-Fraktion eine positive Bilanz. In zahlreichen Bereichen hätte eine informelle **Mitte-links-Allianz** gespielt. Der einstmalige starre Bürgerblock existiere vor allem auch im Ständerat, in dem die SP mit elf Sitzen so viele Mandate wie noch nie zuvor innehatte, nicht mehr. Beklagt wurde allerdings auch, dass die FDP anders als früher nicht mehr für eine Mitte-links-Zusammenarbeit zu gewinnen sei. Präsident Levrat bezeichnet die Freisinnigen Ende Juni als „blasse Kopie der nationalkonservativen SVP“. Bei den Wahlen 2015 müsse verhindert werden, dass die SVP und die FDP vier Regierungssitze erhalten.<sup>25</sup>

ANDERES  
DATUM: 23.11.2013  
MARC BÜHLMANN

In der **Migrationspolitik** hatte sich die SP bereits im Vorjahr stärker positioniert. Zu parteiinternen Auseinandersetzungen kam es dann allerdings aufgrund der Asylgesetzrevision. Die SP hatte – unter Protest der Juso – beschlossen, das Referendum nicht zu unterstützen. Freilich wurde Anfang Februar dann mit 170 zu 2 Stimmen die Nein-Parole gegen die Revision beschlossen; man müsse, obwohl die Abstimmung nicht zu gewinnen sei, mit einem möglichst hohen Nein-Stimmen-Anteil ein Zeichen setzen. Die VOX-Nachbefragung zur Asylgesetzrevision zeigte dann allerdings, dass die SP-SympathisantInnen nur in 54% der Fälle ein Ja eingelegt hatten. Die Presse argwöhnte in der Folge, dass die SP-Parteileitung in der Asylpolitik an der eigenen Basis vorbeipolitisiere. Gegen die 2014 zur Abstimmung stehende SVP-Initiative „gegen Masseneinwanderung“ wollte sich die SP laut eigener Ankündigung stärker engagieren. Die Initiative „aus der Giftküche der SVP“ taue weder zur Bekämpfung von Lohndumping noch zur Verhinderung hoher Mieten. Siehe auch Artikel 33761.<sup>26</sup>

ANDERES  
DATUM: 27.11.2013  
MARC BÜHLMANN

Dank der Annahme der Abzockerinitiativstand auch die SP, die als einzige Bundesratspartei ein Ja empfohlen hatte, als Siegerin da. Bereits Anfang Februar hatte Parteipräsident Christian Levrat darauf hingewiesen, dass die SP die einzige Partei sei, die geschlossen hinter dem Begehren stehe. Umfragen würden zudem zeigen, dass rund 80% der SP-Wählerschaft die Initiative annehmen werde. Der tatsächliche Erfolg an der Urne wurde als historische Chance für soziale Initiativprojekte und als Initialzündung für weitere lohnpolitische Anliegen wie etwa die 1:12- oder die Mindestlohninitiative interpretiert. Auch die von der SP mitlancierte Erbschaftssteuerinitiative soll als Wegmarke hin zu mehr **sozialer Gleichheit** betrachtet werden. Von Seiten der Wirtschaft wurde die SP scharf attackiert. Ihre Begehren seien ein Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz. Allerdings erlitten die Genossen aufgrund der relativ deutlichen Ablehnung der von der Juso eingereichten 1:12-Initiative noch im Berichtsjahr einen ersten Dämpfer.<sup>27</sup>

ANDERES  
DATUM: 29.11.2013  
MARC BÜHLMANN

Zu einer fraktionsinternen Auseinandersetzung kam es bei der Wahl des **Kommissionspräsidiums für die WAK**, die einflussreiche Kommission für Wirtschaft und Abgaben, auf das die SP turnusgemäss Anspruch hat. Die Fraktionsleitung schlug Prisca Birrer-Heimo (LU) vor, doch Susanne Leutenegger Oberholzer (BL), selber seit Jahren führende Wirtschaftspolitikerin in der SP und seit zwei Jahren Vizepräsidentin der WAK, stellte ebenfalls Ansprüche auf das Amt. Bei der Kampfwahl setzte sich Leutenegger Oberholzer schliesslich durch.<sup>28</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 16.12.2013  
MARC BÜHLMANN

Die Delegierten der **Juso** wählten Ende Berichtsjahr Dario Schai zum neuen Zentralsekretär. David Roth, der Präsident der Jungsozialisten und Vizepräsident der Mutterpartei, machte Mitte April von sich reden, als er sich via Facebook über den Tod der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher freute. Während die einen den Eintrag als ungeschickt bezeichneten und darauf hinwiesen, dass Jungparteien auch mal provozieren dürften, forderten andere den Rücktritt Roths aus dem Luzerner Kantonsrat. Ende September gab Roth bekannt, per März 2014 sein Amt als Juso-Präsident zur Verfügung zu stellen. Der Juso wurde im Berichtsjahr wachsender Einfluss attestiert; nicht nur aufgrund erfolgreicher Lancierungen von Volksbegehren – Ende September konnte die Jungpartei nach nur 11 Monaten Sammelfrist die nötigen Unterschriften für die Initiative „keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ einreichen – sondern auch aufgrund der Wirkung innerhalb der eigenen Partei. Die ausgefeilte Taktik wurde dabei insbesondere mit dem bis 2011 als Juso-Präsident amtierenden Vorgänger von Roth, Cédric Wermuth (AG), in Verbindung gebracht.<sup>29</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 03.01.2014  
MARC BÜHLMANN

Kritik einstecken musste **SVP**-Ständerat **Hannes Germann** (svp, SH), weil er als Ständeratspräsident Werbung für die Masseneinwanderungsinitiative seiner eigenen Partei machte. Im "Extrablatt" zur SVP-Initiative verlangte Germann wörtlich die Handlungsfreiheit im Bereich der Zuwanderung zurück. Dies brachte ihm Kritik ein, weil er als Präsident der kleinen Kammer die Institution vertrete, was als ungeschriebenes Gesetz politische Zurückhaltung bedinge – so seine Kritiker.<sup>30</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 08.01.2014  
MARC BÜHLMANN

Das Parlamentarierrating der NZZ zeigte, dass die **FDP-Fraktion** in den letzten Jahren deutlich **homogener** geworden war. Auf der aufgrund des Abstimmungsverhaltens gebildeten Skala von -10 (links) bis +10 (rechts) bewegten sich die freisinnigen Abgeordneten zwischen +1,3 (Markwalder) und +3,8 (Leutenegger). Im Vergleich zum Jahr 2000, als die Spannbreite noch von -1,7 bis +9,4 reichte, ist die Fraktion also wesentlich geschlossener geworden. Ein Grund dafür könnte sein, dass sich Fraktionsmitglieder bei abweichender Meinung eher ihrer Stimme enthalten, als auf ihrer Meinung zu beharren – so die NZZ.<sup>31</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 12.01.2014  
MARC BÜHLMANN

Was sich bezüglich des neu zu besetzenden **CVP-Fraktionspräsidiums** bereits 2013 abgezeichnet hatte, wurde Anfang Januar 2014 vollzogen: Der Tessiner Ständerat Filippo Lombardi (cvp, TI) wurde zum neuen Fraktionspräsidenten gewählt. Lombardi war der einzige, der für das Amt kandidiert hatte und damit die Nachfolge des scheidenden Urs Schwaller (cvp, FR) antrat. Letzterer wurde an der Delegiertenversammlung in Bern im Januar mit grossem Lob verabschiedet. Schwaller verhehlte zwar nicht, dass er gerne eine breitere Auswahl gehabt hätte, die Aufgabe sei aber mit einem sehr hohen Zeitaufwand verbunden. Tatsächlich war Lombardi nicht der Wunschkandidat, haftete ihm doch nach wie vor das Stigma eines Verkehrsüblers an – 2005 hatte er unter Alkoholeinfluss einen Verkehrsunfall verursacht. Weil er aber in der Zwischenzeit zwei Mal von der Tessiner Wahlbevölkerung wiedergewählt worden war, als Ständeratspräsident eine gute Figur gemacht hatte, die lateinischsprechenden CVP-Abgeordneten und die KMU-Vertreter hinter sich wusste, und vor allem weil sich kein anderer Kandidat gefunden hatte, wurde er Mitte Januar in Flüeli-Ranft mit 33 zu 8 Stimmen (vier leer und vier Diverse) gewählt. In der Presse wurde gemutmasst, dass sich der neue Fraktionspräsident, dem auch schon eine gewisse Dossierfaulheit vorgeworfen wurde, dank seiner Leutseligkeit und seinem professionellen Umgang mit den Medien für die anstehenden nationalen Wahlen durchaus auch als Trumpf erweisen könnte – umso mehr, als dass Parteipräsident Christophe Darbellay aufgrund einer Amtszeitbeschränkung nicht mehr für die nationalen Wahlen antreten darf. Vizepräsidentin blieb weiterhin Nationalrätin Viola Amherd (cvp, VS). Ende März wurde zudem Daniel Fässler (cvp, AI) neu in den Fraktionsvorstand gewählt.<sup>32</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 12.01.2014  
MARC BÜHLMANN

Im Januar legte die **CVP**-Parteileitung der Delegiertenversammlung ein neues **Parteiprogramm** vor, das in mehreren Runden zwischen der Basis, den Kantonalsektionen und der Parteileitung ausgearbeitet worden war. Betont wurden drei traditionelle Kernthemen der Partei: die Familie, die soziale Marktwirtschaft und die – vorwiegend soziale – Sicherheit. Die CVP vertrete Werte, die auf einer christlichen Konzeption von Individuum und Gesellschaft beruhen. Auch wenn das Programm vor allem eine Präzisierung der Kernthemen war, beinhaltete es einige Neuerungen: Die

Familienpolitik soll zum Beispiel stringenter auf das Wohl der Kinder ausgerichtet werden – was laut CVP in Konsequenz zu einer Ablehnung der Heirat oder gar Kindesadoption durch Homosexuelle führt. Zudem fordert die CVP eine zweite Gotthardröhre, privilegiert im Verhältnis zur EU den bilateralen Weg – 2004 wollte man sich noch alle Wege offen halten – und macht sich für ein neues Sicherheitsdepartement stark. Das Programm wurde mit 148 Stimmen (bei 16 Enthaltungen) einstimmig angenommen. Eine Diskussion darüber fand an der Delegiertenversammlung – nachdem das Programm intern in mehreren Runden erörtert worden war – praktisch nicht mehr statt.<sup>33</sup>

**ANDERES**

DATUM: 17.01.2014  
MARC BÜHLMANN

Hauptgesprächsstoff an der **Albisgüetli-Tagung** der Kantonalzürcher SVP, die zum 26. Mal durchgeführt wurde, lieferte die Masseneinwanderungsinitiative, über die ein paar Wochen später abgestimmt wurde. Während der Gast der SVP, der amtierende Bundespräsident Didier Burkhalter vor einer Abschottung der Schweiz warnte – man könne nicht einfach die Zugbrücken vor der Welt hochziehen – polterte Christoph Blocher, der zum 25. Mal Hauptredner der Veranstaltung war, gegen den Bundesrat, der auf Samtpfoten in die EU schleiche. Er warnte vor der Personenfreizügigkeit. Die Schweiz stehe 2014 vor entscheidenden europapolitischen Weichenstellungen. Die ganze Geschichte der Schweiz könne gelesen werden als Gratwanderung zwischen Widerstand und Anpassung. Immer wenn man sich für Anpassung entschieden habe, sei dies nur zum Vorteil der Regierenden gewesen, nie aber zugunsten des Volkes. Die Abstimmung am 9. Februar sei nichts anderes als die Möglichkeit, die schweizerische Unabhängigkeit zu retten.<sup>34</sup>

**ANDERES**

DATUM: 25.01.2014  
MARC BÜHLMANN

Seit 2008 amtierte Erich Hess (BE) als Präsident der **jungen SVP** (JSVP). Nachdem dem mittlerweile 32-Jährigen, der seit über 15 Jahren in der Parteileitung präsent war, 2013 der Rücktritt nahegelegt worden war, gab er Ende Januar den Stab weiter an Anian Liebrand (LU), der bisher als Vizepräsident geamtet hatte. Der 24-Jährige war einziger Kandidat und wurde an der Delegiertenversammlung der JSVP in Jegensdorf einstimmig gewählt. Zum Vizepräsidenten wurde Oliver Straub (TG) ebenfalls einstimmig gewählt. In der Folge klagte der Schweizerische Israelitische Gemeindebund Liebrand in einem offenen Brief an, nicht genügend Abstand zu offen antisemitischen Personen zu haben.<sup>35</sup>

**ANDERES**

DATUM: 30.01.2014  
MARC BÜHLMANN

In die Schlagzeilen geriet **FDP**-Bundesrat Johann **Schneider-Ammann**. Seine frühere Firma, die Ammann-Gruppe, hatte eine Viertelmilliarde Franken in Jersey und Luxemburg parkiert, um Steuern zu sparen. Zwar kamen die Berner Behörden, die die Affäre untersuchten, zum Schluss, dass dies mit dem Segen der kantonalen Steuerbehörden geschehen war. Die eidgenössische Steuerverwaltung wies – in einer vertraulichen Aktennotiz, die der Öffentlichkeit zugespült wurde – allerdings darauf hin, dass es sich in Jersey und Luxemburg um Briefkastenfirmen gehandelt habe. Die Versteuerung hätte folglich in der Schweiz stattfinden müssen. In einem Interview mit dem "Blick" sagte Schneider-Ammann, dass Steueroptimierung etwas sehr schweizerisches sei, solange es mit dem Segen der Behörden geschehe. Zwar konnte dem Magistraten kein strafrechtliches Vergehen nachgewiesen werden, die Aussage im "Blick" warf aber hohe Wellen, da man von einem Bundesrat moralisches Verhalten erwarte. Nicht wenige, vor allem linke, Stimmen forderten gar den Rücktritt des Bundesrates und die Jusos bezeichnete Schneider-Ammann als Steuerhinterzieher. Die FDP wehrte sich gegen die ‚politisch motivierte Hetzjagd‘ und die widerrechtliche Herausgabe von vertraulichen Informationen und störte sich an rückwirkenden Untersuchungen von Abmachungen zwischen Steuerbehörde und Unternehmen. Das ganze Vorgehen sei immer transparent gewesen und es gehe nicht an, rechtsstaatlich gesicherte Abmachungen im Nachhinein zu hinterfragen.<sup>36</sup>

**ANDERES**

DATUM: 12.02.2014  
MARC BÜHLMANN

Auf einigen negativen Widerhall stiess eine pauschale Aussage Christoph Blochers über die Romands. Die mehrheitliche Ablehnung der Masseneinwanderungsinitiative durch die Westschweizer Kantone erklärte Blocher in der BaZ mit dem **„schwächeren Bewusstsein der Welschen für die Schweiz“**. Die Westschweizer Medien reagierten erbost. In der "Tribune de Genève" wurde Blocher etwa vorgeworfen, das Identitätsmonopol der Schweiz zu beanspruchen. Zahlreiche Kommentare in "Le Temps" wiesen darauf hin, dass Patriotismus unterschiedlich gelebt werden könne. Die

Aussage wurde dem SVP-Patron als schlechte Polemik ausgelegt. Ennet der Saane wurde sie in einer Ausstellung mit dem Titel „Les Romands sont-ils Suisse?“ mit verschiedenen Karikaturen künstlerisch verarbeitet.<sup>37</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 15.02.2014  
MARC BÜHLMANN

Zu den zahlreichen Gratulanten für den Erfolg der Masseneinwanderungsinitiative gehörte auch die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (**NPD**), eine rechtsextreme Partei. Das Resultat wurde als „weithin strahlendes politisches Signal gegen die Entmündigung der europäischen Völker“ bezeichnet, das den Kampf der NPD bestärke.<sup>38</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 17.02.2014  
MARC BÜHLMANN

Für Unmut beim Pro-Komitee sorgte die **CVP** im Rahmen der Abstimmungskampagne für den **Gripen**, wo die Partei die Führung abgab, weil sie gegen die Einmischung ausländischer Akteure in die Kampagne protestierte. Es sei nicht sicher, ob sich Saab, der Hersteller des Kampffjets, in nationale Belange eingemischt habe, weshalb man die Aufgabe der Koordination der Kampagne abgebe. Man wolle sich nicht dem Vorwurf aussetzen, eine käufliche Partei zu sein. Zudem kämpften die CVP-Frauen gegen den Gripen.<sup>39</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 22.02.2014  
MARC BÜHLMANN

Die **SP-Frauen** wandten sich gegen ihren Bundesrat Alain Berset, indem sie dessen Pläne für eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 ablehnten, welche Bestandteil von dessen Rentenreform sind. Ein einheitliches Rentenalter von Mann und Frau sei erst akzeptierbar, wenn auch Lohngleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf umgesetzt sei, entschieden die SP-Frauen an ihrer Konferenz im Februar.<sup>40</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 04.03.2014  
MARC BÜHLMANN

Schwer tat sich die **CVP** mit der **Präimplantationsdiagnostik** (PID). Im Februar beschloss die CVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten, weil in gewissen Fällen die wissenschaftliche Untersuchung von Embryonen angebracht sein könne. Allerdings will sich die CVP für strenge Rahmenbedingungen einsetzen. Anfang Jahr hatte sich die Delegiertenversammlung noch gegen einen Test von Krankheiten bei künstlich befruchteten Embryonen ausgesprochen. Explizit will die Partei laut ihrem erneuerten Programm für ein Leben mit Behinderung eintreten.<sup>41</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 05.03.2014  
MARC BÜHLMANN

Nachdem in der Presse schon 2013 kolportiert worden war, dass die **SVP**-Parteileitung Druck auf ältere, langjährige Parlamentarier ausübe, damit diese noch während der Legislatur jüngeren Nachwuchshoffnungen Platz machten, traten im Berichtsjahr gleich drei gestandene SVP-Parlamentarier zurück. Der **Rücktritt** von Hans Kaufmann (ZH) Ende Februar kam dabei einigermaßen überraschend. Kaufmann begründete ihn mit der wenig erbaulichen Zusammenarbeit mit dem Bundesrat in Finanzthemen. Als Nachfolger von Kaufmann wäre eigentlich Thomas Matter vorgesehen gewesen. Matter war wie Kaufmann in der Finanzbranche tätig und gehörte der jüngeren SVP-Generation an. Auf dem Listenplatz, der zum Nachrücken berechnete, fand sich allerdings Ernst Schibli noch vor Matter; Schibli übernahm das Amt trotz gegenteiligem Wunsch der Zürcher Parteileitung. Mit dem Rücktritt von Christoph Blocher im Mai 2014 rückte Matter dann doch noch nach. Mit seiner Ankündigung, auf sein Nationalratssalär verzichten zu wollen, erregte Matter auch deshalb Aufsehen, weil Blocher bei seinem Rücktritt eine Beschneidung der Parlamentarierentschädigungen gefordert hatte, um die Entwicklung hin zu einem Berufsparlament zu verhindern. Der geschätzt 200-fache Millionär Matter konnte sich den Verzicht auf seine Mandatsentschädigung freilich gut leisten. Mitte Juli kündigte Fraktionschef Caspar Baader (BL) an, im August zurückzutreten. Seine Nachfolge trat jedoch ebenfalls niemand aus der jüngeren Generation, sondern der 66-jährige Christian Miesch an, der von 1991 bis 1995 für die FDP und von 2003 bis 2011 für die SVP in der grossen Kammer gesessen hatte. Nach wie vor weigerte sich ein weiteres Urgestein der Zürcher SVP – Toni Bortoluzzi – standhaft, vorzeitig zurückzutreten. Ende Jahr kündigte allerdings Hansruedi Wandfluh (BE) seinen vorzeitigen Rücktritt per Anfang 2015 an. Auch hier fand sich nicht der eigentliche Wunschkandidat, der Berner SVP-Kantonpräsident Werner Salzmann, auf dem nächsten Listenplatz, sondern der ebenfalls altgediente Jean-Pierre Graber.<sup>42</sup>

ANDERES  
DATUM: 15.03.2014  
MARC BÜHLMANN

Bei den **JungsozialistInnen (Juso)** wurde der scheidende Präsident David Roth (LU) Mitte März in Bern durch den mit 161 zu 78 Stimmen neu gewählten Fabian Molina (ZH) ersetzt. Molina war der einzige Kandidat. Er ist nationaler Jugendsekretär der Gewerkschaft Unia, Gemeindeparlamentarier in Illnau-Effretikon (ZH) und studiert an der Universität Zürich. Im Vorfeld der Wahl war kritisiert worden, dass keine Frau angetreten war. Molina will die radikale und provokative Linie seiner Vorgänger – Cedric Wermuth (AG) und David Roth – weiterführen. Ende Jahr wurde Molina an der Delegiertenversammlung der Juso in Schaffhausen zudem von den JungsozialistInnen per Resolution zum SP-Vizepräsidenten nominiert. Per Ende Februar 2015 wird David Roth von diesem Posten, der aufgrund einer ungeschriebenen Regel jeweils den Juso zugerechnet wird, zurücktreten.<sup>43</sup>

ANDERES  
DATUM: 23.03.2014  
MARC BÜHLMANN

Am 30. März wurde der **Parteipräsident** der **FDP**, Philipp Müller (AG), an der Delegiertenversammlung in Schaffhausen einstimmig und mit stehenden Ovationen **in seinem Amt bestätigt**. Müller wurde auch in der Presse ein gutes Zeugnis ausgestellt. Seine direkte Art habe zur Popularisierung der Partei beigetragen. Die Linie der Partei sei deutlicher geworden und die Mitglieder aktiver. Das Klischee des „pseudo-UDC“, das ihm einige Liberale aus der Romandie vor seiner Wahl ins Präsidium 2012 angehängt hatten, habe sich nicht bestätigt. Im Gegenteil: Müller entpuppe sich als echter Liberaler. Seine Kollegen im Nationalrat attestierten ihm hohes Engagement. Allerdings eckte Müller mit seiner jovialen und teilweise ins vulgäre abdriftenden Art auch ab und zu an. Zudem gab es nach wie vor Stimmen, die Müller im Vergleich zu seinem Vorgänger, Fulvio Pelli (TI) nicht als nationalen Präsidenten, sondern als Deutschschweizer wahrnahmen. Dies war insbesondere deshalb ein Problem, weil die FDP in der Romandie stärker verankert ist. Im Schnitt unterstützen 20% der Romands die PLR, während die FDP in der Deutschschweiz durchschnittlich 13% Wählerstärke aufweist. Auch das Etikett des „Monsieur 18%“ blieb an ihm haften: Müller hatte vor 14 Jahren mit einer Initiative den Ausländeranteil auf 18% der Bevölkerung beschränken wollen. Vielleicht auch dank seinem Faible für Asylpolitik schaffte Müller aber den Spagat zwischen Wirtschaftspartei und Volksnähe – dies schienen zumindest Umfragen Ende März zu bestätigen. An der Delegiertenversammlung ebenfalls bestätigt wurde das bisherige Vizepräsidium, bestehend aus Christian Lüscher (GE), Isabelle Moret (VD), Carla Speziali (TI) und Christian Wasserfallen (BE). Als Wahlkampfleiter wurde Vincenzo Pedrazzini (SZ) bestimmt.<sup>44</sup>

ANDERES  
DATUM: 05.04.2014  
MARC BÜHLMANN

Die **SP**, die als einzige Regierungspartei laut Parteiprogramm den EU-Beitritt anstrebt, engagierte sich bei den **Europawahlen**. Man wolle einerseits zeigen, dass man mit der jetzigen, von Konservativen angeführten EU nicht einverstanden sei. Deshalb wolle die SP andererseits ihren europäischen Schwesterparteien helfen und die rund 1,2 Mio. in der Schweiz wohnhaften Wahlberechtigten für eine sozialdemokratische Idee von Europa mobilisieren. Freilich hielt sich das Engagement in Grenzen: Auftritte im Internet und in den sozialen Medien, das Verteilen von Flyern und ein Wahlmeeting am 5. April in Bern, zu dem sozialdemokratische Kandidierende aus Deutschland, Frankreich, Italien und Portugal eingeladen wurden, waren der Beitrag der SP.<sup>45</sup>

ANDERES  
DATUM: 12.04.2014  
MARC BÜHLMANN

Auch die **CVP** bezog Position zur Umsetzung der im Februar angenommenen **Masseneinwanderungsinitiative**. An der Delegiertenversammlung in Zug Mitte April mutmasste Parteipräsident Christophe Darbellay, dass man den Entscheid zwischen Umsetzung der Initiative und Fortführung des bilateralen Wegs vielleicht dem Volk überlassen müsse. Doris Leuthard sprach sich für eine Grundsatzdebatte aus, in welcher gemeinsame gesellschaftliche Ziele diskutiert werden müssten. Auch ein gemeinsames Regierungsprogramm dürfe kein Tabu sein. In einem Interview Anfang August bezeichnete Darbellay eine Volksinitiative, mit der der bilaterale Weg in der Verfassung verankert würde, als ernsthafte Option, was allerdings von allen Seiten – auch parteiintern – mit Skepsis aufgenommen wurde. Die Ankündigung der Lancierung einer Initiative blieb zwar im Raum, an der Delegiertenversammlung in Sempach Ende August verabschiedete die Partei allerdings vorerst lediglich eine Resolution, mit der gefordert wurde, dass die Personenfreizügigkeit aufrecht erhalten wird. Gleichzeitig müssten die Migration mit der konsequenteren Umsetzung bestehender Massnahmen gebremst und die Asylverfahren beschleunigt werden. Eine europapolitische Initiative schloss die Parteileitung allerdings weiterhin nicht aus.<sup>46</sup>

ANDERES  
DATUM: 22.04.2014  
MARC BÜHLMANN

Für einige Reaktionen sorgte eine im Tages-Anzeiger veröffentlichte Untersuchung von Sotomayor, die mit Hilfe von Parteiparolen die Entwicklung im bürgerlichen Lager nachzeichnete. Während sich CVP, FDP und SVP bis in die 1990er-Jahre noch in einem gemeinsamen rechts-liberalen Quadranten fanden, war die SVP bis 2014 in ein eher rechts-konservatives Feld gerutscht. Gleichzeitig waren FDP und CVP einigermassen stabil geblieben. Dies widerspreche dem Verständnis der SVP, die sich als **letzte bürgerliche Partei** fühle – so die Quintessenz der Studie. In der Weltwoche wurde die Studie als linker Hokusfokus abgetan. Auch Christoph Blocher meldete sich in der Weltwoche zu Wort: Mit ihrem Ja zum EWR-Beitritt hätten sich die CVP und die FDP von der bürgerlichen Politik verabschiedet, nicht die SVP. Die Volkspartei sei die einzige geblieben, die eine konsequent liberal-konservative Politik fahre und die schweizerische Unabhängigkeit verteidige.<sup>47</sup>

ANDERES  
DATUM: 23.04.2014  
MARC BÜHLMANN

Eine private Reise einiger **SVP**-Parlamentarier in den Iran wurde in den Medien als **Krawatten-Debakel** breitgewalzt. In die Schlagzeilen geriet insbesondere Vize-Präsident Luzi Stamm (AG), der bei einem Treffen mit iranischen Politikern die Sanktionen gegen den Iran kritisierte und es damit gar in die „Teheran Times“ schaffte. Zu reden gab die von Ulrich Schlüer (ZH) organisierte Reise auch deshalb, weil sich neben Stamm auch die amtierenden Nationalräte Lukas Reimann (SG), Jean-François Rime (FR), Yves Nidegger (GE) und der ehemalige Nationalrat Dominique Baettig (JU) zusammen mit iranischen Politikern ablichten liessen. Medial erörtert wurde einerseits der Umstand, dass sich die SVP ansonsten bei der Aussenpolitik strikte Neutralität auf die Fahnen schreibt, hier aber SVPler als Repräsentanten der Schweiz aufgetreten waren. Andererseits galt der Kleidung, mit denen die SVP-Politiker den iranischen Politikern gegenübertraten, erhöhte Aufmerksamkeit. Insbesondere das Fehlen einer Krawatte wurde als „Bückling“ gegenüber dem Iran bezeichnet. Der Schlips gilt dort als christlich-jüdisches Zeichen westlicher Dekadenz. Der Fall der SVP-Politiker wurde mit dem Auftritt der ehemaligen Bundesrätin Calmy-Rey verglichen, die 2008 mit einem Kopftuch bei einem offiziellen Besuch im Iran aufgetreten war. Weil die SVP, allen voran Lukas Reimann (SG), die Reise der Aussenministerin damals als „Riesenkatastrophe“ bezeichnet hatte, jetzt aber das Ablegen der Krawatte als Anpassung an die Gepflogenheiten eines Landes rechtfertigten, gab es in der Presse einiges an Häme. Kritik am ungeschickten Auftritt wurde aber auch parteiintern geäussert.<sup>48</sup>

ANDERES  
DATUM: 25.04.2014  
MARC BÜHLMANN

Der 2013 von der „NZZ am Sonntag“ erhobene Vorwurf an den Zürcher **SVP**-Nationalrat **Hans Fehr**, eine nicht arbeitsberechtigte serbische Asylbewerberin beschäftigt und keine Sozialabgaben bezahlt zu haben, wurde Ende April 2014 zum Gerichtsfall. Die Staatsanwaltschaft eröffnete ein Verfahren gegen den asylpolitischen Hardliner sowie gegen weitere Personen aus Eglisau, welche die Asylbewerberin in ihrem Haushalt beschäftigt hatten – darunter auch Fehrs Frau und der Bülacher Gerichtspräsident Rainer Hohler, der der SP angehört. Der Fall beschäftigte die Medien insbesondere, weil Fehr einst gefordert hatte, dass Asylbewerber keine Beschäftigung gegeben werden dürfe.<sup>49</sup>

ANDERES  
DATUM: 09.05.2014  
MARC BÜHLMANN

Eine eigentliche Bombe liess Christoph **Blocher** am 9. Mai 2014 platzen. Auf Teleblocher kündigte er seinen **Rücktritt als Nationalrat** an. Grund dafür sei, dass er erneut alles unternehmen müsse, um den schleichenden EU-Beitritt der Schweiz zu verhindern. Alles Zweitrangige – also auch die Parlamentsarbeit – müsse beiseitegelegt werden. Im Parlament verplempere er nur seine Zeit, in der verbürokratisierten Legislative würden Sitzungen nur wegen der Sitzungsgelder abgehalten, Wohlfahrt sei „dort oben“ eine Nebensächlichlichkeit. Blocher forderte in seinem Rücktrittsschreiben gleich auch noch die Reduktion der Parlamentarieraltäre (vgl. dazu auch Kapitel 1c). Er selber hätte zwar in Bern nur die wichtigsten Sitzungen besucht, würde seine Zeit nun aber vollständig seinem Komitee „gegen den schleichenden EU-Beitritt“ widmen, dem rund 50 Organisationen und 1000 Einzelpersonen unter seiner Präsidentschaft angehören würden. Der Rücktritt wurde von den Medien breit kommentiert. Die NZZ schrieb etwa von einem „dogmatischen Anti-EU-Reflex“. Allenthalben wurde argumentiert, dass Blocher zwar aus dem Parlament, nicht aber aus der Politik zurücktrete. Änderungen werde es also kaum geben.<sup>50</sup>



ANDERES  
DATUM: 12.05.2014  
MARC BÜHLMANN

Dass die **SP** die einzige Partei bleibt, die einen EU-Beitritt fordert, zeigte sich auch im Umstand, dass sie in der **Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs)** das neue Präsidium stellt. Nach dem Rücktritt von Christa Markwalder (fdp, BE) war keine bürgerliche Vertreterin der im Nachgang der EWR-Abstimmung gegründeten europafreundlichen Organisation mehr im Vorstand. Mit Martin Naef (ZH, sp) und François Cherix (VD, sp) standen der Bewegung, die seit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative wieder an Mitgliedern gewonnen hatte, zwei SP-Politiker vor – flankiert von Aline Trede (gp, BE), Sabrina Hofer und Sebastian von Graffenried.<sup>51</sup>

ANDERES  
DATUM: 16.05.2014  
MARC BÜHLMANN

Im Freiburger Grossrat kam es zu einem Parteiwechsel eines altgedienten **SVP**-Politikers. **Michael Losey** trat Mitte Mai zur FDP über, weil er den Populismus seiner alten Partei nicht mehr mittragen könne. Es sei in der SVP nicht mehr möglich, über Themen zu diskutieren, die gewissen Leuten nicht passten. Losey kritisierte zudem die Aussage des Freiburger Nationalrates Rime, der zugegeben hatte, seinen beiden Söhnen ab und zu geschäftsrelevante Entscheide aus nationalrätlichen Kommissionen zukommen zu lassen. Spannungen zwischen Losey und seiner alten Partei hatten sich seit 2007 abgezeichnet, als der Ex-SVPLer „genial“ gerufen habe, nachdem die Abwahl Christoph Blochers aus dem Bundesrat bestätigt wurde.<sup>52</sup>

ANDERES  
DATUM: 18.05.2014  
MARC BÜHLMANN

Für den zurücktretenden **FDP-Generalsekretär** Stefan Brupbacher wurde Samuel Lanz gewählt, der mit Unterbrüchen bereits mehrere Jahre im Generalsekretariat als Mitarbeiter tätig gewesen war. Lanz wurde trotz seines jugendlichen Alters von 30 Jahren hervorragendes Fachwissen attestiert. Er habe sich laut Philipp Müller gegen rund 20 Kandidierende durchgesetzt und wurde einstimmig gewählt. Brupbacher wurde an der Delegiertenversammlung Ende Juni in Freiburg mit stehenden Ovationen verabschiedet.<sup>53</sup>

ANDERES  
DATUM: 18.05.2014  
MARC BÜHLMANN

Die **FDP-Frauen** bekannten sich ein Jahr nach ihrem 65-jährigen Bestehensjubiläum zur freisinnigen Politik, bestätigten aber auch, dass es eine selbstbewusste und liberale Frauensektion nach wie vor unbedingt brauche. Die Frauen forderten deshalb, innerhalb der FDP als unabhängiger, souveräner und selbstbestimmter Teil wahrgenommen zu werden und nicht einfach als Wasserträgerinnen zu dienen, sondern auch mal von der Mutterpartei abweichende Positionen zu vertreten. Der 2013 ausgetragene Streit um die Familienpolitik – die FDP-Frauen hatten damals entgegen der Mutterpartei die Ja-Parole gefasst – habe aufgezeigt, dass die Frauensektion ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen auch innerhalb der Partei deutlicher vertreten müssten. Um nicht von der Mutterpartei abhängig zu sein, setzten die Frauen eine Arbeitsgruppe ein, die Finanzen und Strukturen analysieren sollte. Mit den neuen Kernthemen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Bildungspolitik wollen die Frauen zeigen, dass einst eher linke Themen liberale Politik pur seien, so die Präsidentin Carmen Walker-Späh (ZH, fdp). Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und lebenslange Bildung seien liberale Anliegen.<sup>54</sup>

ANDERES  
DATUM: 28.05.2014  
MARC BÜHLMANN

Die Faszination, die der ehemalige **SVP**-Bundesrat und im Berichtsjahr zurückgetretene Nationalrat nach wie vor auslöst, manifestierte sich auch 2014 in verschiedenen Büchern zum **Phänomen Christoph Blocher**. Die Lizentiatsarbeit des Journalisten Thomas Zaugg erschien in Buchform unter dem Titel „Blochers Schweiz“ und zeichnete den Weg des SVP-Patrons nach. Zaugg versuchte, den Werdegang und die Denkmuster Blochers mit der Entwicklung der „geistigen Landesverteidigung“ zu verknüpfen, der er zu einer eigentlichen Renaissance verholfen habe. Ende Mai präsentierte der ehemalige SP-Parteipräsident Helmut Hubacher seine Ansichten über den Kampf zwischen der Linken und Blocher.<sup>55</sup>

ANDERES  
DATUM: 01.06.2014  
MARC BÜHLMANN

Wohl auch eine Folge der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative war die Gründung einiger neuer Bewegungen, vor allem durch Jugendliche, die mit liberalem Gedankengut frischen Wind in die Politik bringen wollten. Die 'Unabhängigkeitspartei (up!)' etwa oder auch die ‚Operation Libero‘ wurden dabei je nach Standpunkt für die **FDP als Konkurrenz oder als Belebung** bewertet.<sup>56</sup>

ANDERES  
DATUM: 12.06.2014  
MARC BÜHLMANN

Für einigen Wirbel sorgte der Doyen der **CVP**-Fraktion in Bern, **Jacques Neiryndck** (VD). In der Presse wurde gemutmasst, dass die Partei mit dem 83-jährigen Nationalrat vereinbart habe, dass dieser Mitte 2014 zurücktreten soll, um seinen Nachfolger, den ehemaligen Post-Chef Claude Béglé aufzubauen. Nur: Neiryndck wollte von einem Rücktritt nichts wissen. Ganz im Gegenteil liebäugelte er mit einer Kandidatur für den Ständerat. Weil sich die CVP Waadt allerdings für Béglé als Ständerats- und Nationalratskandidat ausgesprochen hatte, gab Neiryndck in den Medien bekannt, dass er sich auch eine Kandidatur für die BDP, die EVP oder die GLP vorstellen könnte. Er hoffe allerdings, dass die CVP Waadt auf ihren Entscheid zurückkomme, was diese jedoch bis Ende Jahr nicht tat.<sup>57</sup>

ANDERES  
DATUM: 12.06.2014  
MARC BÜHLMANN

Für Aufregung sorgte eine Aussage des **SVP**-Nationalrats Toni Bortoluzzi (svp, ZH) über Homosexuelle, sie hätten „einen **Hirnlappen**, der verkehrt läuft“. Schwule, Lesben und alle, die alleine lebten oder ihren Partner nach Lust und Laune wechselten, seien „fehlgeleitet“. In einen weiteren Fettnapf trat das Zürcher SVP-Urgestein, indem Bortoluzzi zwischen idealen und nicht-idealen Vertreterinnen von Frauen sinnierte, für die er seinen Sitz vorzeitig räumen bzw. nicht räumen wolle. Junge, gut ausgebildete und erfolgreiche Frauen scheinen Bortoluzzi eher suspekt zu sein.<sup>58</sup>

ANDERES  
DATUM: 20.06.2014  
MARC BÜHLMANN

Am 20. Juni 2014, just am Tag der Fussballweltmeisterschaftspartie Schweiz gegen Frankreich, lud **SVP**-Vizepräsident Christoph Blocher zum Startschuss seiner Kampagne **gegen den schleichenden EU-Beitritt** nach Vorderthal (SZ). Blocher warnte die rund 600 Anwesenden – vielleicht auch aufgrund des Fussballspiels weniger als erwartet – vor den diktatorischen Machenschaften der politischen Elite, welche die Mehrheit des Parlaments, des Bundesrats, der Bundesrichter und der Wissenschaftler umfasse: Ein Rahmenvertrag mit der EU führe die Schweiz unweigerlich in deren Schoss. Das Volk habe nichts zu sagen und werde hintergangen. Der Rahmenvertrag zwingt die Schweiz, EU-Recht zu übernehmen und EU-Richter zu akzeptieren. Mit dem Auftritt Blochers wurde die Europapolitik der SVP für die Wahlen 2015 neu lanciert.<sup>59</sup>

ANDERES  
DATUM: 28.06.2014  
MARC BÜHLMANN

Ein Wechsel an der Spitze der **SP** scheint für die nächste Zeit nicht geplant zu sein. An der Delegiertenversammlung Ende Juni in Winterthur wurden der seit 2008 amtierende **Parteipräsident** Christian Levrat und das fünfköpfige Vizepräsidium, bestehend aus Jacqueline Fehr (ZH), Barbara Gysi (SG), Géraldine Savary (VD), Marina Carobbio Guscetti (TI) und David Roth (LU) wiedergewählt. Levrat gab bekannt, sich auch nach den Wahlen 2015 weiterhin als Präsident zur Verfügung zu stellen. Er wurde von der SP des Kantons Freiburg Ende Jahr auch wieder als Ständeratskandidat nominiert.<sup>60</sup>

ANDERES  
DATUM: 02.07.2014  
MARC BÜHLMANN

Auf der Suche nach alternativen Einnahmen – laut Co-Generalsekretärin Flavia Wasserfallen waren 2013 gemäss den eigenen Richtlinien rund CHF 500'000 an angebotenen Spenden von Wirtschaftsunternehmen abgelehnt worden – wurde die SP in Form von **Legaten und Erbschaften** fündig. In ihrer Parteizeitung machten die Genossen auf einen Testament-Ratgeber aufmerksam.<sup>61</sup>

ANDERES  
DATUM: 31.07.2014  
MARC BÜHLMANN

Mit einem 18-Punkte-Programm, das Ende Juli präsentiert wurde, wollte sich die **CVP** in der Diskussion um die **Wohnungsknappheit** positionieren. Um die insbesondere in den Städten und Agglomerationen bedenkliche Situation zu mildern, fordern die Christlichdemokraten die Förderung von Wohnbaugenossenschaften durch intelligente Umzonung, eine Vereinfachung von Bauvorschriften, verdichtetes Bauen und die Förderung von Bausparen für junge Menschen. Ehemalige Industriegebiete sollen zu Wohnraum für Familien umgewandelt werden.<sup>62</sup>

ANDERES  
DATUM: 15.08.2014  
MARC BÜHLMANN

Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative und die Forderungen der SVP in der Asylpolitik sowie hinsichtlich des Völkerrechts (fremde Richter) wurden in den Medien als neue, in ihrer Schärfe aussergewöhnliche und zunehmende **Radikalität der SVP** beschrieben. Die radikalen Forderungen weckten vor allem auch Kritik der anderen Parteien, die an der Regierungsfähigkeit der Volkspartei zweifelten. Die Radikalität schade letztlich dem Anspruch der SVP auf einen zweiten Bundesratsstz, so die Kritik nicht nur der Linken, sondern auch der CVP und der BDP. Auch einzelne FDP-Vertreter distanzieren sich immer vehementer von der SVP und sprachen sich laut gegen mögliche Listenverbindungen für die Wahlen 2015 aus. Die zunehmende Radikalisierung wurde mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative erklärt: Die SVP habe nicht mit einem Ja gerechnet, nun aber bemerkt, dass man mit radikalen Ideen mehr Wählerstimmen gewinnen könne als angenommen. Um bei den Wahlen 2015 noch einmal zulegen zu können, stellte die Volkspartei deshalb immer weiterreichende Forderungen auf. CVP-Präsident Christophe Darbellay verglich die Volkspartei mit kleinen Kindern, die immer mehr wollten, sobald sie etwas bekämen. Die Wählerschaft müsse 2015 Stopp sagen und dieser destruktiven Politik Einhalt gebieten. BDP-Parteichef Martin Landolt warf der SVP grässlichen Populismus und eine braune Tendenz vor. Auch SP-Präsident Christian Levrat unterstellte der SVP faschistoide Tendenzen. Die Nazi-Vorwürfe wurden allerdings von verschiedener Seite als kontraproduktiv und falsch verurteilt.

Mitte August schaltete sich alt-Bundesrat Adolf Ogi mit einem Interview in der Sonntagspresse in die Diskussion ein. Er sprach von einem Weckruf, den es brauche, um die „Allmachtsfantasien“ von Christoph Blocher zu stoppen. Ogi sprach auch davon, dass sich viele in der Partei an der neuen, „zerstörerischen“ und kompromisslosen Politik stiessen, sich aber nicht getrauten, dies öffentlich zu machen. Ogi bleibe in der SVP, auch um an seine Parteikollegen zu appellieren, diesem Irrweg ein Ende zu bereiten. Die Aussagen Ogis weckten einige Reaktionen. Parteipräsident Toni Brunner wies auf die bestehenden Differenzen zwischen Ogi und seiner Partei in der Aussenpolitik hin. Gegen "fremde Richter" und die Forderung, Volksinitiativen richtig umzusetzen, hätte Ogi aber bestimmt nichts einzuwenden. Die von Ogi als mögliche parteiinterne Kritiker bezeichneten Personen – etwa Albert Rösti (BE), Hannes Germann (SH) oder Roland Eberle (TG) – gaben an, hinter den Initiativprojekten der SVP zu stehen. Zudem sollten solche Fragen parteiintern und nicht via Medien gelöst werden. Ogi selber gab zu Protokoll, dass er auf seinen Aufruf nur positive Reaktionen aus dem In- und Ausland erhalten habe. Sein Weckruf würde Wirkung zeigen, so der alt-Bundesrat, wenn nicht heute, dann morgen.<sup>63</sup>

ANDERES  
DATUM: 26.08.2014  
MARC BÜHLMANN

Als Erfolg verbuchte die **SVP** auch die Annahme der **Pädophileninitiative**. Diese war zwar ursprünglich von Christine Bussat, der Präsidentin von Marche Blanche, eingereicht worden, in der Öffentlichkeit trat aber vor allem Natalie Rickli (svp, ZH) als vehemente Verfechterin des Anliegens auf, sekundiert von Gregor Rutz (svp, ZH) und Oskar Freysinger (svp, VS). Die drei sassen allerdings nicht im Initiativkomitee, sondern im medial vor allem im Rampenlicht stehenden Pro-Komitee, das erst später durch verschiedene Parlamentsmitglieder gegründet worden war. Bussat entschied sich Mitte August, der BDP Waadt beizutreten und ev. für die eidgenössischen Wahlen 2015 anzutreten. Sie sei zwar mit der SVP in vielen Punkten einig, die Volkspartei zeige aber vor allem in der Romandie homophobe Tendenzen, und rassistische Ideen gingen ihr gegen den Strich. Der Eintritt in die BDP verärgerte vor allem Oskar Freysinger, der sich sehr enttäuscht zeigte und den Entscheid als "stillos" bezeichnete.<sup>64</sup>

ANDERES  
DATUM: 05.09.2014  
MARC BÜHLMANN

Gegen den ehemaligen Zürcher **SVP**-Nationalrat **Ulrich Schlüer**, den die Weltwoche zu seinem 70. Geburtstag als einen der "meistunterschatzten Schweizer Politiker" bezeichnete, wurde Anfang September ein Verfahren wegen Rassendiskriminierung eingeleitet. Er hatte 2012 auf seiner Webseite eine Schlägerei zwischen Asylsuchenden in seiner Wohngemeinde Flaach beschrieben. Die Männer seien wie Tiere aufeinander losgegangen. Es handle sich bei den Asylbewerbern um ein „elendes Schlägerpack“ und um „Abschaum“. Schlüer forderte: „Fort mit dem Pack!“, was eine Privatperson zur Anklage veranlasste.<sup>65</sup>

ANDERES  
DATUM: 14.09.2014  
MARC BÜHLMANN

In einem Interview mit der „Sonntagszeitung“ Mitte September unterstellte **SP**-Parteipräsident Christian Levrat der SVP „**faschistoide Tendenzen**“ und „**menschenverachtende Positionen**“. Dies brachte dem Freiburger SP-Ständerat einige Kritik ein. Levrat selber bereute die Aussage nicht. Die SVP setzte sich gegen die Europäische Menschenrechtskonvention ein, stelle laufend die Schweizer Institutionen wie Bundesgericht, Bundesrat oder Parlament in Frage und bekämpfe das Asylrecht. Gegen diese gefährliche Radikalisierung, die so vor zwei Jahren noch nicht möglich gewesen wäre, müsse man sich zur Wehr setzen.<sup>66</sup>

ANDERES  
DATUM: 16.09.2014  
MARC BÜHLMANN

Gleich drei **SVP**-Nationalräte buhlten um das Amt des zweiten **Vizepräsidenten des Nationalrates**, welches 2017 praktisch automatisch zum Amt des Präsidenten berechtigt, das dann turnusgemäss der SVP zustehen wird: Felix Müri (LU), Jürg Stahl (ZH) und Yves Nidegger (GE). Nachdem letzterer seine Kandidatur zurückgezogen hatte, entschied sich die Fraktion mit 29 zu 20 Stimmen für Stahl. Die Wahl im Nationalrat Ende November 2014 war lediglich Formsache.<sup>67</sup>

ANDERES  
DATUM: 23.09.2014  
MARC BÜHLMANN

Die **FDP**-Nationalrätin **Gabi Huber** (UR) gab Ende September 2014 bekannt, dass sie für die Wahlen 2015 nicht mehr antreten wolle. Huber blickte auf eine lange politische Karriere zurück. Acht Jahre lang war die von der Berner Zeitung als "Eiserne Lady des Freisinns" bezeichnete Politikerin Urner Landrätin (1988–1996), acht Jahre als Finanzdirektorin in der Urner Regierung tätig (1996–2004) und drei Legislaturen lang sass sie im Nationalrat (2003 bis 2015). Mit dem Rücktritt der Urner Freisinnigen, der innerhalb der FDP mit grosser Enttäuschung aufgenommen und als herber Verlust bezeichnet wurde, wird auch das Fraktionspräsidium vakant werden. Dieses soll erst nach den Wahlen 2015 neu besetzt werden.<sup>68</sup>

ANDERES  
DATUM: 26.09.2014  
MARC BÜHLMANN

Einigen Kompromisswillen zeigte die **SVP** bei der Debatte über die **Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative**. Die Volkspartei gab der Aufweichung im Ständerat ihren Segen. In der NZZ wurde gemutmasst, dass sich die Flexibilität der SVP zum Bumerang im Hinblick auf die Umsetzung eigener Initiativen entwickeln könnte. In der Debatte hatte bereits Bundesrätin Leuthard gewarnt, dass man auch bei anderen Initiativen keine konsequente, buchstabengetreue Umsetzung fordern dürfe, wenn man eine derart aufgeweichte Gesetzesvorlage für die Zweitwohnungsinitiative annehme.<sup>69</sup>

ANDERES  
DATUM: 25.10.2014  
MARC BÜHLMANN

Die **FDP** verfolgte in ihrer **Asylpolitik** nach wie vor eine harte Linie. Sie machte im Oktober nicht nur mit ganzseitigen Inseraten auf eine aus ihren Augen verfehlte Politik von Bundesrätin Simonetta Sommaruga aufmerksam – die Bundesrätin wurde als untätig schlafend vor dem Bundeshaus dargestellt, das von zahlreichen unbeantworteten Asylgesuchen überquoll – sondern Parteipräsident Müller machte sich auch für einen möglichen Stopp der Gesuche aus **Eritrea** stark. Man sende ein falsches Signal aus, wenn man Leute aus relativ sicheren Staaten aufnehme. Diese Haltung weckte allerdings Kritik bei Länderexperten, die Eritrea auch als "Nordkorea Afrikas" bezeichneten. Müller wehrte sich mit dem Hinweis, dass es auch andere Beobachtungen zum Land gebe, die auf eine Besserung hindeuteten – eine Quelle blieb er allerdings schuldig.<sup>70</sup>

ANDERES  
DATUM: 31.10.2014  
MARC BÜHLMANN

Die geplante schrittweise **Annäherung zwischen CVP und BDP** war auch 2014 im medialen Fokus, kam aber nicht voran. Nachdem man sich bereits 2013 gegen eine Fusion ausgesprochen hatte, wurden im Februar 2014 auch Pläne für eine gemeinsame Fraktion begraben. Während sich Neo-Fraktionspräsident Filippo Lombardi (cvp, TI) in einem Interview für eine gemeinsame Fraktion aussprach, relativierte BDP-Parteipräsident Martin Landolt (bdp, GL) diese Idee. In der Presse wurde gemutmasst, dass eine interne Arbeitsgruppe aus BDP- und CVP- Vertretern (Christophe Darbellay, Gerhard Pfister und Pirmin Bischof bei der CVP sowie Martin Landolt, Lorenz Hess und Rosmarie Quadranti bei der BDP) Pläne für eine Union nach dem Vorbild der CDU-CSU in Deutschland schmiede. Ziel sei vor allem die Verteidigung der jeweiligen Bundesratssitze. Gemeinsam kämen die beiden Parteien auf 17,7% Wählerstärke, was mindestens eine mathematische Legitimierung von zwei Sitzen in der Regierung bedeuten würde. Die medialen Spekulationen wurden von den Parteienvertretern wenn überhaupt nur sehr zurückhaltend interpretiert. Geplant sei eine Kooperation, nicht mehr aber auch nicht weniger. Angestrebt würden vor allem flächendeckende

Listenverbindungen für die eidgenössischen Wahlen 2015. Die Basis der BDP, die bereits einer mittlerweile nicht mehr spruchreifen Fusion sehr skeptisch gegenüber stand, befürchtete auch in einer Union einen Identitätsverlust der noch jungen Partei. Ende August informierte die Arbeitsgruppe die Öffentlichkeit, dass die Fraktionen von CVP und BDP künftig unter dem Namen BDP-CVP-Union die Bundespolitik gemeinsam gestalten wollten. Beschlossen sei aber noch nichts, weil zuerst die Kantonalsektionen vertieft informiert werden müssten. Anfang Oktober wehte dem Plan dann aus eben diesen Kantonen ein steifer Wind entgegen. Insbesondere die BDP Graubünden, Heimatkanton der BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, lehnte jede strukturelle Verschmelzung kategorisch ab. Die Wählerschaft würde ein Zusammengehen mit der katholischen CVP nicht goutieren. In anderen Kantonen war man ebenfalls vonseiten der BDP nicht grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit, wollte aber nicht auf Eigenständigkeit verzichten. Definitiv war die Absage dann Ende Oktober. Die Gründe für das Nein – die in den letzten Jahren vorgenommene, beschwerliche Aufbauarbeit einer neuen Partei, die mit einer Union obsolet würde, sowie die in einzelnen Kantonen schwierige Zusammenarbeit – waren zwar nachvollziehbar. In der Presse, und hinter vorgehaltener Hand auch in der CVP, wurde aber von einem Fehlentscheid der BDP gesprochen. Die Unterstützung für Bundesrätin Widmer-Schlumpf werde durch den BDP-Entscheid nicht grösser, liess sich Gerhard Pfister (cvp, ZG) zitieren. Die CVP werde ihre Zusammenarbeit vermehrt wieder auf andere Parteien ausrichten. Es sei eine historische Chance verpasst worden. Die BDP war demgegenüber bemüht, den Ball flach zu halten. Die Kantonalsektionen hätten sich nicht nur zu einer Absage der Union, sondern auch zu einer Stärkung der lösungsorientierten Mitte bekannt. Daran wolle man weiterhin zusammen mit der CVP arbeiten.<sup>71</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 05.11.2014  
MARC BÜHLMANN

Ins Visier der "Weltwoche" und in der Folge auch zahlreicher anderer Medien geriet die Berner **SP**-Nationalrätin **Margret Kiener Nellen**. Die "Weltwoche" machte die Steuerausweise der letzten paar Jahre der in Bolligen (BE) wohnhaften Sozialdemokratin publik. Im Steuerausweis 2011 wurde für Kiener Nellen und ihren Ehemann ein steuerbares Vermögen von CHF 12,35 Mio. und kein steuerbares Einkommen ausgewiesen. Dies sei zwar nicht illegal, so die Weltwoche, allerdings würde Kiener Nellen seit Jahren gegen Superreiche vorgehen, die sich mit legalen Steuerschlupflöchern bereicherten – nicht zuletzt sei sie eine der vehementesten Kritikerinnen von Bundesrat Schneider-Ammann gewesen, der mit legalen Deals Steuern gespart hatte. Zwar räumte Kiener Nellen rasch ein, einen Fehler gemacht zu haben. Das steuerbare Einkommen von null erkläre sich aus dem gesetzlichen Steuerabzug durch den Einkauf ihres Mannes in die Pensionskasse. Auf lange Sicht fallen so sogar mehr Steuern an, was die Genossin zumindest vom Vorwurf der Steuerersparnis entthob. Es blieb allerdings die Frage, ob die Glaubwürdigkeit der Nationalrätin gelitten haben könnte. In der Sonntagspresse wurde ihr Doppelmoral vorgeworfen. Der "Blick" wollte sogar wissen, dass sich in der Kantonalpartei Widerstand gegen eine erneute Kandidatur Kiener Nellen für die Nationalratswahlen 2015 manifestiere.<sup>72</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 15.11.2014  
MARC BÜHLMANN

Ein grosser Verlust nicht nur für die **SVP**, sondern für die ganze Schweizer Politik, stellte der Tod von **This Jenny** (svp, GL) dar. Mitte Februar kündigte der SVP-Ständerat an, per sofort zurückzutreten. Grund für seinen Rücktritt war ein bösartiger Magentumor, der sich als unheilbar entpuppte. Am 15. November erlöste sich der 62-jährige Jenny mit Hilfe der Sterbehilfeorganisation "Exit" von seinem Leiden. Jenny, der weit über seine Parteigrenzen hinaus beliebt gewesen war für seine Authentizität, Direktheit und Offenheit, was ihn häufig auch in Opposition mit seiner eigenen Partei brachte, hätte auf die Wahlen 2015 hin zurücktreten wollen.<sup>73</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 23.11.2014  
MARC BÜHLMANN

Die **CVP** setzte sich als **Ziel für die nationalen Wahlen** ein Wählerwachstum um zwei Prozentpunkte. Zudem sollen die Ständeratsvertretungen gehalten, wenn möglich gar leicht ausgebaut werden. Dies könne gelingen, wenn die Zusammenarbeit zwischen den kantonalen Sektionen und der nationalen Mutterpartei weiterhin gut gelinge und wenn man sich möglichst früh auf die eigenen Positionen festlege, prognostizierte der abtretende Fraktionspräsident Urs Schwaller (cvp, FR) im Januar 2014 an der Delegiertenversammlung in Bern. Vor allem in den Städten habe man noch viel Potenzial. Ende November verabschiedeten die Delegierten die Wahl-Kernthemen Energiepolitik, Altersvorsorge und Migration, für die man sich als verlässliche Kraft der Mitte einsetzen wolle. Im Zentrum soll im Wahljahr zudem die Familienpolitik stehen, wobei die im März 2015 anstehende Familieninitiative ein erster Höhepunkt sein solle.

Mit dem Slogan „Wir machen uns stark für die Schweiz!“ will die CVP in der Wahlkampagne auf sich aufmerksam machen.<sup>74</sup>

ANDERES  
DATUM: 29.11.2014  
MARC BÜHLMANN

Für einige Kontroversen innerhalb der **SP** sorgte das neue **Nachrichtendienstgesetz**, das Ende Jahr im Parlament beraten wurde. Die Sozialdemokraten galten bisher zusammen mit den Grünen als vehemente Gegner des „Schnüffelstaates“, wie auch eine Analyse der letzten rund 100 Jahre zum Thema Datenschutz aufzeigte. Mit dem neuen Gesetz sollten dem Nachrichtendienst unter anderem modernere Ermittlungsmethoden ermöglicht werden, wie etwa die so genannten Staatstrojaner – Viren, mit denen fremde Computer ausspioniert werden können. Im Vorfeld der Beratungen gab es einige befürwortende Stimmen aus der SP-Fraktion. Insbesondere die Juso wollte die Mutterpartei aber auf eine traditionell abwehrende Haltung trimmen.<sup>75</sup>

ANDERES  
DATUM: 30.11.2014  
MARC BÜHLMANN

Die **SP** musste im Berichtsjahr einige **Niederlagen** bei linken wirtschaftspolitischen Volksbegehren einstecken. Der Erfolg bei der Abzockerinitiative, der der SP 2013 noch viel Wind für eigene linke Anliegen verliehen hatte, konnte im Berichtsjahr nicht wiederholt werden. So erlitt etwa die Mindestlohninitiative, die von der SP noch 2013 als weiteres wichtiges Anliegen hin zu mehr sozialer Gleichheit genannt worden war, mit 23,7% Ja-Stimmenanteil regelrecht Schiffbruch. Auch die eigene Initiative für eine Einheitskrankenkasse wurde mit 38,2% Ja-Stimmenanteil relativ deutlich verworfen. Für die Abstimmungskampagne zu dieser Vorlage war laut Parteisprecher Michael Sorg rund eine Viertelmillion Franken investiert worden, wobei rund CHF 40'000 auf ein Extrablatt entfielen, das in einer Auflage von 1 Mio. gedruckt wurde. Erschwerend kam hier hinzu, dass die SP gegen den eigenen Bundesrat Alain Berset antreten musste, der die Regierung als Gesundheitsminister zu vertreten hatte. Schliesslich wurde auch die Initiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung verworfen. Die 40,8% Ja-Stimmen wurden freilich von der SP als Erfolg gewertet, war dieser Anteil doch grösser als das links-grüne Wählersegment. Die Sozialdemokraten wollten die Idee der Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Rahmen ihrer Anliegen zur Steuergerechtigkeit (siehe unten) deshalb weiter verfolgen. Für 2015 stand zudem noch die Abstimmung zur Einführung einer Erbschaftssteuer an. Immerhin konnten sich die Genossen über das Nein zur Gripenbeschaffung freuen, einer der seltenen Erfolge von Links gegen eine Armeevorlage.<sup>76</sup>

ANDERES  
DATUM: 06.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Die „**Affäre Mörgeli**“ nahm 2014 ihren Fortgang. Die SVP-nahe "Weltwoche" hatte noch Ende 2013 begonnen, eine Fortsetzungsreportage zu verfassen, die über zehn Ausgaben jeweils mehrere Seiten in Anspruch nahm und zum Ziel hatte, den Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli reinzuwaschen und seine Gegnerinnen und Gegner ins Visier zu nehmen: Kathy Riklin (cvp, ZH), die als Mitglied des Universitätsrates mitverantwortlich war für die Freistellung Christoph Mörgelis von seinem Amt als Konservator am Medizinhistorischen Institut der Universität Zürich; Flurin Condrau, ehemaliger Vorgesetzter Mörgelis, oder Regine Aeppli (ZH, sp), Bildungsdirektorin im Kanton Zürich. Auch die "Rundschau" kriegte ihr Fett weg: Die von der Fernsehsendung erhobenen Anschuldigungen würden jeder Grundlage entbehren – so das Wochenblatt. Bis Ende Juni erschienen praktisch jede Woche neue Enthüllungen zum Fall Mörgeli in der Weltwoche, die in einem ziemlich penetranten Feldzug seine Widersacher zu widerlegen suchten.

Mörgeli selber reichte Anfang Mai 2014 Strafanzeige wegen Verleumdung gegen die "Rundschau" ein, der allerdings nicht stattgegeben wurde, weil die Frist für eine Anzeige bereits verstrichen war. Anfang Juni lag der Bericht der Bildungskommission des kantonalzürcherischen Parlaments vor, die mit der Untersuchung der Vorkommnisse an der Universität Zürich beauftragt worden war. Der Bericht warf Bildungsdirektorin und Universitätsratspräsidentin Regine Aeppli eine Überschreitung ihrer Kompetenzen vor. Sie habe die Entlassung Mörgelis persönlich beantragt. Den Führungsorganen der Universität wurde vorgeworfen, versagt und der Universität Zürich einen Imageverlust beschert zu haben. Dem damaligen Rektor Andreas Fischer wurde Führungsversagen attestiert. Gerügt wurde auch Kathy Riklin, die sich als Mitglied des Universitätsrates mit öffentlicher Kritik an Mörgeli unangemessen verhalten habe. Auch der ehemalige Chef Mörgelis, Beat Rüttimann wurde kritisiert. Er habe kaum Interesse am Medizinhistorischen Institut gezeigt und die Führung seines Mitarbeiters vernachlässigt. Sein Nachfolger, Florin Condrau, habe ein Institut vorgefunden, das nicht seinen Vorstellungen entsprochen habe und auch die Leistungen Mörgelis habe er von Beginn weg kritisiert, wobei seine Beanstandungen allerdings bei der

Universitätsleitung nicht auf Gehör gestossen seien. Noch nicht abschliessend beurteilt wurde das Verhalten von Mörgeli selber sowie von der ebenfalls entlassenen Iris Ritzmann, die mit der Herausgabe von Interna an die Medien die Affäre ins Rollen gebracht haben soll. Beide hätten wohl ebenfalls Fehler gemacht, man wolle aber nicht in laufende gerichtliche Verfahren eingreifen. Aeppli wies die Anschuldigungen in der Folge vehement zurück.

Mitte August erhob die Berner Staatsanwaltschaft Anklage gegen Kathy Riklin wegen Amtsgeheimnisverletzung. Es solle untersucht werden, ob sie Ende September 2013 einem Journalisten Auskunft über den noch geheimen Expertenbericht über Mörgeli gegeben habe. Die Klage wegen Ehrverletzung und übler Nachrede, die Mörgeli gegen Riklin ebenfalls angestrebt hatte, wurde hingegen fallen gelassen. Riklin bezeichnete die Anschuldigungen als politisch motiviert. Anfang November wurde Riklin freigesprochen. Sie habe gar nicht über den nötigen Wissensstand verfügt, um eine Amtsgeheimnisverletzung begehen zu können, weil der Bericht zu besagtem Datum nur rudimentär bekannt gewesen sei – so das Gerichtsurteil. Mörgeli meldete Berufung an. Auch die von der Universität gegen den ehemaligen Angestellten angestrebte Klage wegen Amtsgeheimnisverletzung wurde Mitte November eingestellt. Mörgeli erhielt eine Genugtuung von CHF 8'289. Schliesslich wurde auch die Anklage gegen Iris Ritzmann Mitte Dezember erstinstanzlich mangels Beweisen abgewiesen. Der Staatsanwalt kündigte hier allerdings Berufung an.<sup>77</sup>

**ANDERES**

DATUM: 12.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Erfolg hatte die **SVP** mit ihrer **Klage gegen Radio SRF1**, das in einem im April ausgestrahlten Beitrag den Wegzug des Erdölkonzerns Weatherford aus der Schweiz mehrmals mit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar in Beziehung gebracht hatte. Die unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) hiess eine Beschwerde der SVP mit 8 zu 1 Stimmen deutlich gut. Es finde sich kein Beleg für die Behauptung der Sendung, und hier sei das Sachgerechtigkeitsverbot verletzt worden.<sup>78</sup>

**ANDERES**

DATUM: 20.12.2014  
MARC BÜHLMANN

In die Schlagzeilen geriet Ende Jahr der Freiburger **SVP-Nationalrat Jean-François Rime**, der in einem Interview im "PME-Magazine" erklärt hatte, bei gewissen Dossiers in der ersten Reihe zu sitzen und bei wichtigen Informationen seine Söhne anzurufen, um ihnen bestimmte Entscheide mitzuteilen. Damit stellte sich die Frage, ob Rime die Geheimhaltungs- und Ausstandsvorschriften verletzt hat. Kommissionsberatungen sind vertraulich, weshalb das Büro des Nationalrates eine Abklärung einleitete. In bisherigen Fällen, in denen das Büro zum Schluss gekommen war, dass das Kommissionsgeheimnis verletzt worden sei, waren die Folgen allerdings gering. Das Büro könnte theoretisch einen Ausschluss aus der Kommission oder einen Verweis aussprechen.<sup>79</sup>

**ANDERES**

DATUM: 22.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Für viele positive Schlagzeilen sorgte **FDP-Bundesrat Didier Burkhalter**, der in seinem Präsidialjahr nicht so sehr innen-, sondern vor allem aussenpolitisch als Mediator im Ukraine-Konflikt punkten konnte. Obwohl er kritisiert wurde, im Vorfeld der Masseneinwanderungsinitiative nicht genügend präsent gewesen zu sein, genoss er in Umfragen Ende Jahr die höchste Unterstützung unter den wichtigsten Politikern. Burkhalter erhielt in einer von den Sonntagsmedien finanzierten Befragung 86% positive Rückmeldungen – weit vor der bei früheren Befragungen jeweiligen Umfragekönigin Doris Leuthard (76%).<sup>80</sup>

**ANDERES**

DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Wie schon ein Jahr zuvor entpuppt sich die **CVP** bei ihren **Parolenfassungen** als recht präzise Spürnase für die Bürgermeinung. Erneut stimmte die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bei acht der elf Vorlagen, bei denen die CVP eine Parole beschloss, wie von ihr empfohlen. Bereits 2013 hatte die CVP-Basis die Fabi-Vorlage zur Annahme empfohlen (mit 169 zu 6 Stimmen) und der Masseneinwanderungsinitiative eine Abfuhr erteilt (mit 147 zu 23 Stimmen). Im Januar sprachen sich die Delegierten in Bern relativ deutlich gegen die drei Initiativen „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ (180 zu 28 Stimmen bei 6 Enthaltungen), die „Mindestlohninitiative“ (186 zu 17 Stimmen) und die „Abschaffung der Pauschalbesteuerung“ (151 zu 43 Stimmen bei 15 Enthaltungen) aus. Der Wirtschaftsstandort Schweiz mit einem flexiblen Arbeitsmarkt müsse mit einer Ablehnung der beiden linken Initiativen verteidigt werden. Allerdings beschlossen die CVP-Sektionen Genf und Waadt ein Ja für die Mindestlohninitiative. Im April entschied sich der Parteivorstand für die Ja-Parole bei der medizinischen Grundversorgung. Ein

Indiz für die nicht immer gelingende parteiinterne Suche nach gemeinsamen Positionen zeigte sich an der Delegiertenversammlung in Zug, wo die Basis sich mit 119 zu 106 Stimmen für die Nein-Parole zur Pädophileninitiative aussprach, für die sich Parteipräsident Darbellay im Initiativkomitee engagierte. Es waren insbesondere die CVP-Frauen, die sich gegen die „rechtsstaatlich bedenkliche“ Vorlage wehrten. Nicht nur die knappe Abstimmung bei der Pädophilenabstimmung, sondern auch die zehn kantonalen Abweichungen – die Kantonssektionen Aargau, Basel-Landschaft, Freiburg, Genf, Graubünden, Jura, St. Gallen, Tessin, Waadt und Unterwallis entschieden sich für ein Ja – zeugten von der parteiinternen Umstrittenheit des Begehrens. Für den Kauf des Kampffjets Gripen sprachen sich ebenfalls in Zug 171 gegen 60 Delegierte aus – diesmal trotz Einwänden der Frauensektion. Lediglich die Kantonssektion von Basel-Landschaft wich vom Gripen-Ja ab und empfahl, den Kampffjet nicht zu beschaffen. Ebenfalls in Zug sprach sich die CVP gegen die Einheitskrankenkasse aus und zwar mit 179 zu 46 Stimmen. Auch hier wichen die Sektionen Genf und Waadt ab und plädierten für ein Ja. Zur Gastro-Initiative beschloss der Parteivorstand Ende August die Stimmfreigabe, allerdings stimmten neun Kantonssektionen für eine Ja- und elf für eine Nein-Empfehlung. Am 22. November empfahlen die Delegierten in Bern mit einer Gegenstimme und sieben Enthaltungen ein Nein für die Initiative der GLP „Energie statt Mehrwertsteuer“. Die eigene Familieninitiative „für steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“ hiess die CVP-Basis einstimmig gut. Beide Vorlagen kommen erst 2015 an die Urne. Kurz nach der Delegiertenversammlung, am 24. Oktober, beschloss der Vorstand die Nein-Parole zur Ecopop- sowie zur Gold-Initiative.<sup>81</sup>

ANDERES  
DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Wie bereits im Vorjahr nutzten die **CVP-Frauen** 2014 die innerparteiliche Demokratie, um in einzelnen Fragen gegen die Parteispitze zu opponieren. So setzte sich die Frauensektion etwa gegen den Kauf des Kampffflugzeuges Gripen ein und schaffte es sogar, die Mehrheit der Delegierten gegen die Pädophileninitiative hinter sich zu scharen – obwohl sich die Parteispitze hinter Christophe Darbellay (cvp, VS), der zudem im Initiativkomitee sass, für das Volksbegehren stark machen wollte. Die Präsidentin der CVP-Frauen, Babette Sigg Frank sprach gar von einem kleinen Aufstand. Die Parteispitze dürfe sich nicht so früh positionieren, sondern solle in Zukunft die Diskussionen innerhalb der Partei abwarten. Darbellay versprach, den Entscheid zu respektieren und sich nicht für die Initiative einzusetzen; allerdings auch nicht dagegen. Nachdem sich Sigg Frank später zudem skeptisch gegenüber der eigenen Familieninitiative geäußert hatte, wollte Darbellay das Verhältnis zwischen Mutterpartei und Vereinigungen klären – geladen zu einer Aussprache waren nicht nur die Frauensektion, sondern auch die Junge CVP und die CVP 60+. Eine Profilierung auf Kosten der nationalen Partei dürfe nicht sein. In Kernfragen müsse man am gleichen Strick ziehen, sonst gehe man das Risiko ein, Wählerinnen und Wähler zu verlieren. Darbellay strebte eine Leistungsvereinbarung an. Anders, als von den Frauen befürchtet, ging es bei der Aussprache allerdings schliesslich nicht darum, die Sektionen auf eine Linie zu trimmen. Im Gegenteil wurde der Frauensektion unter dem Stichwort „Einheit in der Vielfalt“ explizit zugesichert, dass sie auch weiterhin andere Meinungen vertreten dürfe.<sup>82</sup>

ANDERES  
DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Keine Probleme hatte die **CVP** bei der Verteidigung ihrer kantonalen Regierungsmandate. Bei den **Gesamterneuerungswahlen für die kantonalen Exekutiven** (GL, GR, NW, OW, ZG) wurden alle amtierenden CVP-Kandidierenden bestätigt. Auch im Kanton Nidwalden, wo Hugo Kayser (NW, cvp) zurücktrat, konnte das Mandat verteidigt werden. Es kam hier allerdings – auch weil die CVP letztlich erfolglos einen dritten Sitz erobern wollte – zu einem etwas unschönen Austausch eines eigenen, amtierenden Regierungsrates. Keine Mühe hatte die Partei auch in den Kantonen Thurgau und Basel-Stadt, wo bei Ersatzwahlen die jeweiligen Sitze verteidigt werden konnten. Nimmt man alle kantonalen Regierungen zusammen, so ist die CVP die zweitstärkste Exekutivkraft. Sie hält 39 der total 156 kantonalen Regierungsmandate und liegt damit hinter der FDP (42 Sitze), aber vor der SP (32 Sitze) und der SVP (22 Sitze). Neu sind vier dieser CVP-Mandate von Frauen besetzt (+2), womit die Christlichdemokraten im Vergleich mit den anderen vier grossen Regierungsparteien die schlechteste Frauenquote aufweisen.



**ANDERES**  
DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr gaben einige Schwergewichte der **CVP** bekannt, nicht mehr für die nationalen Wahlen 2015 zu kandidieren. Neben Urs Schwaller (FR) und Christophe Darbellay (VS) kündigten auch Lucrezia Meier-Schatz (SG), Ruedi Lustenberger (LU), Peter Bieri (ZG) und Paul Niederberger (NW) ihren **Rücktritt** an. Auch René Imoberdorf (VS), der der CSP Oberwallis und damit der CVP-Familie angehört, wollte 2015 nicht mehr antreten.<sup>83</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Das ganze Jahr über wurde in den Medien spekuliert, ob sich die **FDP stärker mit der SVP verbünden** sollte. Zur Diskussion standen dabei insbesondere Listenverbindungen für die eidgenössischen Wahlen 2015. Anfang Jahr drohte der Parteipräsident der SVP Toni Brunner (svp, SG) implizit damit, der FDP einen Bundesratsstz streitig zu machen, sollte sie sich nicht für flächendeckende Mitte-Rechts-Verbindungen einsetzen. Im Januar sah der FDP-Parteipräsident Philipp Müller noch keinen Grund, nicht mit der SVP zu paktieren. Allerdings müsse man die Frage von Listenverbindungen den Kantonen überlassen und die SVP könne nicht nur Forderungen stellen, sondern müsse die FDP auch unterstützen. Anders als sein Vorgänger Fulvio Pelli (TI) verschloss sich der neue FDP-Präsident Listenverbindungen nicht. Auch mit der CVP oder den neuen Mitteparteien könne man sich – je nach kantonaler Ausgangslage – verbünden. Das Verhältnis zwischen FDP und SVP kühlte sich dann jedoch nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative merklich ab. Auch die deutlichen Worte, die Parteipräsident Müller gegen die von der SVP angekündigte Initiative fand, welche Landesrecht über Völkerrecht stellen will, dienten der Abgrenzung gegen rechts. Anfang Oktober gab Müller dann allerdings auch bekannt, dass die FDP – falls die dannzumal erste Trendumfrage zu den Wahlen, die für die FDP einen leichten Zuwachs voraussah, sich bestätigen sollte – Bundesrätin Widmer-Schlumpf auf Kosten eines zweiten SVP-Bundesratssitzes abwählen würde, sofern die SVP einen valablen Kandidierenden aufstelle. Auch seitens der CVP wurden der FDP Avancen gemacht. Die FDP sei eingeladen, an einer kohärenten Mitte zu partizipieren. Müller reagierte prompt auf diese Einladung und forderte vielmehr die CVP und die anderen Mitteparteien auf, in einem Bürgerblock mitzuarbeiten. Von links wurde einer der beiden FDP-Bundesratssitze in Frage gestellt. Um eine rechte Mehrheit aus zwei FDP- und zwei SVP-Regierungsmitgliedern zu verhindern, und unter der Annahme, dass der SVP zwei Regierungssitze zustünden, müsste die FDP auf einen ihrer Sitze verzichten. Ins Visier der SP geriet dabei vor allem Bundesrat Johann Schneider-Ammann, der nicht nur aufgrund einer Steuergeschichte seiner ehemaligen Firma ins mediale Schlaglicht geriet, sondern der von der Linken auch für die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative mitverantwortlich gemacht wurde, weil er zu wenig dagegen angekämpft habe.<sup>84</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Wie die SVP und die CVP musste auch die **FDP** bei den **Parolenfassungen** zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen einige abweichende Kantonalsektionen verdauen. So sprachen sich die Delegierten in Schwanden gegen die Pädophileninitiative aus, und zwar mit 181 zu 59 Stimmen entgegen der Empfehlung der Kantonalpräsidenten, die für das Begehren mit 14 zu 7 Stimmen ein Ja empfohlen hatten. Den Ausschlag gab das Argument, dass der Initiativtext unpräzise formuliert und lückenhaft sei. Der Dissens machte sich in vier Kantonen bemerkbar: Die FDP Genf, Waadt, Jura und Freiburg beschlossen ein Ja; in Luzern und Neuenburg beschlossen die Kantonalsektionen zudem eine Stimmfreigabe. Auch die Gastroinitiative wurde an der gesamtschweizerischen FDP-Delegiertenversammlung in Bern mit 143 zu 72 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt. Das Votum des Parteipräsidenten, dass das Anliegen durchaus sympathisch sei, der Idee des von der FDP eigentlich vertretenen Einheitssatzes bei der Mehrwertsteuer aber entgegenwirke, war letztlich Zünglein an der Waage. Freilich spiegelte sich auch hier die parteiinterne Gespaltenheit in den Parolenfassungen der Kantone: Nicht weniger als neun Kantonalsektionen (BS, FR, GR, NE, SO, TI, VD, VS) beschlossen ein Ja bzw. Stimmfreigabe (JU). Die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur hatten die Delegierten bereits im Oktober 2013 mit 150 zu 8 Stimmen gutgeheissen. Hier wichen die Kantone Glarus und Schwyz von der nationalen Empfehlung ab. Gegen den Gegenvorschlag zur Hausarztinitiative, für den die Konferenz der Parteipräsidenten die Ja-Parole ausgegeben hatte, wehrten sich ebenfalls der Kanton Schwyz und der Kanton Jura, die beide ein Nein beschlossen. Keine Abweichungen gab es bei den anderen Parolen, die denn auch wesentlich deutlicher ausfielen. Bereits im Dezember 2013 hatte die Konferenz der kantonalen FDP-Parteipräsidenten ein Nein gegen die Abtreibungsinitiative gefasst. In Schwanden lehnten die Delegierten Mitte Januar die Masseneinwanderungsinitiative wuchtig mit

277 zu 4 Stimmen ab. Das Begehren schade dem Erfolgsmodell Schweiz. Ende März trafen sich die Delegierten in Schaffhausen, wo sie einerseits die Mindestlohninitiative ablehnten (mit 279 zu 1 Stimme) und andererseits den Kauf des Gripen-Kampffjets befürworteten (mit 244 zu 10 Stimmen). Ende Juni erteilten die Delegierten in Freiburg der Initiative für eine Einheitskrankenkasse mit 232 zu 2 Stimmen eine Abfuhr. Mitte Oktober fassten die FDP-Delegierten in Bern dreimal die Nein-Parole: Mit jeweils 238 zu 1 Stimme wurden die Ecopop-Initiative und die Gold-Initiative, und einstimmig mit 239 zu 0 Stimmen die Abschaffung der Pauschalbesteuerung zur Ablehnung empfohlen. Als schwierig wird sich wohl die Positionierung der FDP zum neuen Radio- und TV-Gesetz (RTVG) erweisen, gegen das ein Referendum angekündigt wurde. Die FDP-Fraktion hatte sich zwar im Parlament mehrheitlich gegen das neue Gesetz gewandt, im überparteilichen Pro-Komitee fanden sich aber zahlreiche FDP-Nationalratsmitglieder wie etwa Kurt Fluri (fdp, SO), Christa Markwalder (fdp, BE) oder Isabelle Moret (fdp, GE). Auch 2015 dürfte es für die Freisinnigen also wieder abweichende Kantonalsektionen geben.<sup>85</sup>

#### ANDERES

DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

2015 war für die **SP** ein besonderes Jahr. Mit Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, Nationalratspräsident Stéphane Rossini (sp, VS) und Ständeratspräsident Claude Hêche (sp, JU) besetzten gleich drei SP-Mitglieder die **höchsten politischen Ämter**, was aufgrund der Rotation zwischen den Parteien bzw. den Ämtern allerdings Zufall ist.<sup>86</sup>

#### ANDERES

DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Bei der Betrachtung der Stimmempfehlungen der **SP** für die im Jahr 2014 stattfindenden Abstimmungen fällt die ausserordentliche parteiinterne Geschlossenheit auf. Bei praktisch keiner der 12 sozialdemokratischen **Parolenfassungen** gab es Gegenstimmen. An der Delegiertenversammlung in Malleray-Bévilard Ende März sagten die Genossen einstimmig Ja zur Mindestlohninitiative (117:0 Stimmen) und zur Hausarztmedizin-Vorlage (124:0 Stimmen). Die Beschaffung des Gripen-Kampfflugzeuges (135:0 Stimmen) und die Pädophileninitiative (121:1 Stimmen) wurden deutlich zur Ablehnung empfohlen. Ende Juni trafen sich die SP-Delegierten zu ihrem Parteitag in Winterthur, wo sie ein einstimmiges Ja (231:0) für die Einheitskrankenkasse und mit 230 zu 1 Stimme ein Nein gegen die Gastro-Initiative beschlossen. Auch in Liestal fielen Ende Oktober alle Parolenfassungen einstimmig aus: Nein zur Ecopop- und zur Goldinitiative und Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Gegen die Masseneinwanderungsinitiative und die Abtreibungsinitiative hatten die SP-Delegierten bereits Ende Oktober 2013 in Baden ein einstimmiges Nein beschlossen. Ebenfalls ohne Gegenstimmen wurde damals die FABI-Vorlage zur Annahme empfohlen. Diese Geschlossenheit widerspiegelt sich im Umstand, dass es im Berichtsjahr bei der Parolenfassung keine einzige abweichende Kantonalsektion gab. Die SP war damit 2014 die einzige grössere Partei, bei der sich die Kantonalsektionen ausnahmslos hinter die nationale Mutterpartei stellten. Bei sieben der zwölf Vorlagen entsprach die SP-Parole dem Abstimmungsausgang – zusammen mit der SVP und der GP entsprach dies dem schlechtesten Wert bei den grösseren Parteien im eidgenössischen Parlament.<sup>87</sup>

#### ANDERES

DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Wie schon 2012 fiel die **SVP** bei der **Parolenfassung** zu den eidgenössischen Volksabstimmungen durch einige Inkohärenz auf. Gleich bei vier Vorlagen, in denen SVP-Mitglieder teilweise federführend waren, kam es zu abweichenden kantonalen Parolen: Einige Mühe bekundete die SVP etwa mit der Parolenfassung zur Ecopopinitiative, die teilweise auch als Druckmittel zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative betrachtet wurde. Weil einige SVP-Mitglieder dem Ecopop-Komitee angehörten, kam es an der Delegiertenversammlung Ende August in Unterägeri zu einer Debatte, bei der sich die Gegner des Begehrens schliesslich mit 298 zu 80 Stimmen durchsetzten. Dabei wurden von der Parteispitze auch strategische Argumente vorgebracht: Wenn die SVP Ja sage und die Initiative an der Urne abgelehnt werde, dann könne das so ausgelegt werden, als wollten die Stimmbürger die Zuwanderung gar nicht begrenzen. Sieben Kantonalsektionen (AG, BL, LU, OW, SO, SZ, TI) wollten diese Argumentation allerdings nicht unterstützen und empfahlen ein Ja. Mitte Oktober beschloss der Zentralvorstand das Nein gegen die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung und zur Goldinitiative. Im Vorfeld war gemutmasst worden, dass vor allem letztere intern zu Diskussionen geführt habe und deshalb den Delegierten nicht vorgelegt werden sollte. Offizielle Lesart war, dass man den Delegierten an der Versammlung in Rothenturm (SZ) am 25. Oktober mehr Zeit für die Debatte der geplanten Initiative zur Umsetzung von Volksentscheiden (gegen fremde

Richter) lassen wolle. Insbesondere das knappe Nein des Zentralvorstandes gegen die Goldinitiative (mit 35 zu 34 Stimmen) weckte heftigen Widerstand der Initianten, die allesamt selber der SVP angehören. Ulrich Schlüer und Lukas Reimann sprachen von einem Demokratieproblem und kritisierten, dass der Antrag der JSVP, die Delegierten trotzdem abstimmen zu lassen, vom Vorstand nicht ausgezählt, sondern nur geschätzt worden sei, obwohl das Ergebnis sehr knapp gewesen sei. Der Vorstand begründete sein Nein damit, dass unverkäufliche Goldreserven im Krisenfall der Schweiz keinen Nutzen brächten. In der Tat widerspiegelten aber dann nicht weniger als 16 abweichende Sektionen (AG, BE, BL, BS, GE, GR, JU, LU, NW, OW, SH, SZ, TI, VS, ZG; NE beschloss Stimmfreigabe) die knappe Haltung in der Parteielite. Gegen das bereits Ende November 2013 gefasste Ja des Zentralvorstandes für die Abtreibungsinitiative regte sich nicht nur Widerstand bei den SVP-Frauen, die im Januar ein Nein beschlossen, sondern auch in den Kantonen Jura und Waadt, die ebenfalls ein Nein empfahlen. Die Kantone Freiburg, Genf und Graubünden beschliessen zudem Stimmfreigabe. Das Ja des Zentralvorstandes im April zur Pädophileninitiative, bei der sich insbesondere Natalie Rickli und Oskar Freysinger stark ins Zeug legten, weckte ebenfalls den Unmut der SVP-Frauen, die auch hier ein Nein empfahlen. Schliesslich tat sich die Basis schwer mit dem Nein-Entscheid des Parteivorstandes beim Gegenvorschlag zur Hausarztinitiative, wogegen in den Kantonen neun abweichende Parolen gefasst wurden (Ja in FR, GE, GL, GR, JU, LU, SH und TG; Stimmfreigabe in UR). Bei den übrigen sieben Vorlagen war sich die SVP-Familie hingegen ausserordentlich einig – insbesondere wenn es sich um linke Begehren handelte und natürlich bei der eigenen Masseneinwanderungsinitiative, bei der bereits Ende November 2013 mit 352 zu 0 Stimmen für ein Ja geworben wurde. Das Nein zu FABI war ebenfalls bereits im November des Vorjahres vom Zentralvorstand gefällt worden. An der Delegiertenversammlung Anfang April in Näfels (GL) sprachen sich die SVP-Delegierten auch deutlich für den Kauf des Kampffjets Gripen (393 zu 1 Stimmen) aus. Bundesrat Maurer bezeichnete die anstehende Volksabstimmung als generelles Votum für oder gegen die Armee. Gegen die Mindestlohninitiative wurde hingegen wie erwartet ein einstimmiges Nein empfohlen. Solche linken Anliegen – und nicht die in den Medien angeprangerte Einwanderungsinitiative – seien Gift für die Schweiz, kommentierte Parteipräsident Brunner den Delegiertenentscheid. Ebenfalls wenig umstritten waren das Nein zur Einheitskrankenkasse (mit 354 zu 9 Stimmen) und das Ja zur Gastrosuisse-Initiative (357 zu 1 Stimme).<sup>88</sup>

ANDERES  
DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Nachdem die **SVP** 2013 mit zwei ihrer **Volksbegehren**, der Volkswahl des Bundesrates und der Familieninitiative, an der Urne jeweils Niederlagen hatte einstecken müssen, war sie 2014 wieder erfolgreicher. Zwar wurden mehrere SVP-nahe Volksbegehren, wie etwa die Abtreibungsfinanzierung oder die Goldinitiative verworfen, vor allem mit der Annahme der eigenen Masseneinwanderungsinitiative aber auch mit der Annahme der Pädophileninitiative, bei der die SVP an vorderster Front mitkämpfte, konnten jedoch zwei direktdemokratische Grosse Erfolge gefeiert werden. Darüber hinaus spielte die SVP auch 2014 virtuos auf der Klaviatur der Volksrechte. Alleine die Ankündigung von möglichen SVP-Volksbegehren löste in zwei Fällen eine eigentliche Medienflut aus – so etwa bei einer Asylinitiative, die allerdings wieder auf Eis gelegt wurde. Auch die verschiedenen Ankündigungen der Initiative, die Schweizer Recht über ausländisches Recht stellen will, verschafften der SVP 2014 immer wieder Medienaufmerksamkeit. Dieses Begehren wurde allerdings dann Ende Jahr auch tatsächlich bei der Bundeskanzlei zur Vorprüfung eingereicht, um im Wahljahr zu helfen, Wählerstimmen zu mobilisieren. Mit der Durchsetzungsinitiative, dem Begehren, das die Art der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative vorschreiben will, verzeichnete die SVP zumindest einen Teilerfolg, weil der Nationalrat aus Angst vor einer Abstimmung den Katalog der Durchsetzungsinitiative für einen Gesetzesentwurf zur Ausschaffungsinitiative fast 1:1 übernahm. Zudem kam die von der SVP mitgetragene Initiative für den Schutz des Bankgeheimnisses ("Ja zum Schutz der Privatsphäre") zustande.

ANDERES  
DATUM: 08.05.2015  
MARC BÜHLMANN

Im Rahmen der Interpellation von Cesla Amarelle (Ip. 14.4310) nahm das Büro-NR Stellung zu den **Vorwürfen gegen Jean-François Rime (svp, VD)**, das Kommissionsgeheimnis verletzt zu haben. Rime hatte in einem Interview behauptet, in gewissen Dossiers in der ersten Reihe zu sitzen und seine Söhne zu informieren, damit sie vorausplanen könnten. Das Büro-NR bestätigte in seiner Antwort auf die Interpellation, dass Kommissionsberatungen grundsätzlich vertraulich seien. Das Büro werde Nationalrat Rime anhören. Diese **Anhörung** fand Anfang Mai 2015 statt. «Nach ausführlicher Diskussion» sei man

zum Schluss gekommen, dass es keine Anhaltspunkte für die Verletzung des Amtsgeheimnisses gebe und das Büro deshalb mit 13 zu 0 Stimmen (keine Enthaltung) entsprechend entschieden habe, kein Verfahren einzuleiten, war der Medienmitteilung des Büros zu entnehmen.<sup>89</sup>

#### ANDERES

DATUM: 18.10.2015  
MARC BÜHLMANN

Ende Januar 2015 legten die **CVP** und ihr ältestes Nationalratsmitglied **Jacques Neiryndck** (cvp, VD) ihren **Streit** bei. Nachdem der 83-jährige Neiryndck, der für die Christdemokraten insgesamt 12 Jahre (1999-2003 und 2007-2015) im Parlament gesessen hatte, gedroht hatte, einer anderen Partei beizutreten, weil die CVP nicht ihn, sondern Claude Béglé (cvp, VD) als Spitzenkandidat unterstützen wollte, lenkte die CVP Waadt schliesslich ein und erlaubte ihrem Doyen eine Kandidatur für den National- und den Ständerat, allerdings nicht auf der Haupt-, sondern auf der CVP-Seniorenliste. Bei den Wahlen schaffte es Béglé, den einzigen Nationalratssitz der CVP zu verteidigen – in den Ständeratswahlkampf konnte die CVP hingegen nicht eingreifen. Der ehemalige umstrittene Postchef Béglé erhielt letztlich wohl auch dank seinem Spitzenplatz auf der Hauptliste rund 5'000 Stimmen mehr als sein grösster Konkurrent Neiryndck, der seinerseits in einem Interview im Nachgang der Wahlen bedauerte, dass die CVP nun wohl nach rechts rutschen werde.<sup>90</sup>

- 
- 1) BaZ, 3.8.00.
  - 2) TA, 5.12.00.
  - 3) Presse vom 26.10. (Briefzentren) und 9.12.02.
  - 4) Presse vom 12.8.03.
  - 5) Lib. und NZZ, 6.12.03.
  - 6) Presse vom 20.-21.10., 30.-31.10. und 11.12.03; siehe auch oben, Teil I, 1c (Regierung).
  - 7) Presse vom 4.4.05; vgl. SPJ 2004, S. 297.
  - 8) Presse vom 26.6.06. Zur Initiative gegen Kriegsmaterialexporte siehe auch BaZ, 22.6.06.
  - 9) Presse vom 6.3.06; 24h, 5.7.06 (konkrete Schritte).
  - 10) Presse vom 18.9.06.
  - 11) SVP-Angriffe auf Schmid; TA, 12.8.08. Bundesratswahl: TA, 13.11., 19.11., 25.11., 28.11. und 8.12.08; BZ, 15.11. und 28.11.08; Presse vom 11.12.08; NZZ, 12.12.08.
  - 12) BzZ und SN, 16.6.09; NZZ, 19.6., 31.7., 4.8., 8.8. und 14.8.09; AZ, 27.6.09; SGT, 14.8. und 17.9.09; Presse vom 1.9.09.
  - 13) TA, 1.2.10; BAZ, 20.10.10.
  - 14) Presse vom 16.1.10; TA, 27.1.10; BaZ, 23.3.10; Presse vom 16.7.10.
  - 15) Presse vom 28.9. bis 13.10.10.
  - 16) QJ, 22.3.11; Presse vom 25.3.11; NZZ, 25.3.11 (Wahlkampf auf der Strasse); NZZ, 16.4.11.
  - 17) NZZ, 17.1.11; SGT, 18.1.11; WW, 20.1.11; Presse vom 22.2. und vom 1.3. bis 3.3.11; BZ, 12.3.11; NZZ und BZ, 17.3.11; TA, 4.6.11; SN, 13.8.11.
  - 18) Presse vom 3.10.11.
  - 19) Presse vom 9.7.11; SGT, 19.9.11; LT, 3.10.11.
  - 20) Lit. BFS.; Presse vom 24.-26.10.11.
  - 21) TA, 8.6.12; SGT, 14.6.12; 24h, 23.6.12; AZ, 26.6.12; TA, 30.6.12.
  - 22) Presse vom 3.10.12.
  - 23) TA, 3.12.12.
  - 24) AZ, 1.2.13; SO, 20.10.13; TA und NZZ, 21.10.13
  - 25) NZZ, 1.7. und 22.11.13.
  - 26) NZZ, 4.3.13; SO, 12.5.13; WW, 16.5.13; NZZ, 1.7.13; Blick und TA, 15.8.13 (VOX); NZZ, 23.11.13
  - 27) NZZ und AZ, 26.2.13; NZZ, 4.3., 9.3., 10.3., 12.3., 25.11. und 27.11.13; vgl. Lit. Juso und Denknetz.
  - 28) SO, 17.11.13; NZZ, 29.11.13.
  - 29) Blick und NLZ, 10.4.13; NZZ, 11.4. und 9.8.13; NZZS, 6.10.13; BaZ, 20.8. und 27.9.13; SoZ, 29.9.13; NZZ, 16.12.13.
  - 30) So-Bli, 5.1.14
  - 31) NZZ-Parlamentarierrating; TA, 8.1.14
  - 32) NZZ, 11.1.14; SO, 12.1.14; TA, 16.1.14; BZ, BaZ, 17.1.14; BZ, CdT, NZZ, 18.1.14; NZZ, 23.1.14; AZ, 22.2.14; APZ, 21.3.14
  - 33) LT, 10.1.14; LZ, 11.1.14; NZZ, 13.1.14
  - 34) Blick, NZZ, TA, TG, 18.1.14
  - 35) LZ, 10.1., 24.1.14; NZZ, 27.1.14; TA, TZ, 1.2.14; LT, 19.2.14
  - 36) TA, 30.1.14; LT, Lib, 31.1.14; Blick, 1.2.14; So-Bli, 2.2.14; TA, 5.2.14; LT, WW, 6.2.14; AZ, 7.2.14; LZ, 8.2.14; SoZ, 9.2.14; BZ, 7.6., 12.9.14; AZ, 13.9.14; AZ, BZ, NZZ, 15.9.14; SO, 28.9.14
  - 37) NZZ, 13.2.14; BZ, TA, 14.2.14
  - 38) SO, 16.2.14
  - 39) NZZ, 9.4.14
  - 40) SO, 23.2.14; NZZ, 24.2.14
  - 41) NZZ, 5.3.14; TA, 6.3.14; AZ, 11.3.14; NZZ, 9.4.14
  - 42) AZ, 5.3.14; TA, 6.3.14; SoZ, 9.3.14; So-Bli, 6.4.14; NZZ, 10.5.14; So-Bli, 1.6.14; AZ, 24.7.14; Blick, 8.9.14; NZZ, 11.12.14
  - 43) NZZ, 17.3.14; BaZ, NZZ, TA, 18.3.14; SN, 15.12.14
  - 44) TG, 29.1.14; LT, 7.3.14; Lib, 29.3.14; SoZ, 30.3.14; SN, 31.3.14; SO, 25.5.14
  - 45) LT, NZZ, 7.1.14
  - 46) NZZ, 14.4.14; So-Bli, 3.8.14; AZ, NZZ, 1.9.14
  - 47) TA, 22.4.14; WW, 23.4., 30.4., 7.5.14
  - 48) AZ, Blick, 24.4.14; Blick, TA, 25.4.14; So-Bli, SoZ, 27.4.14
  - 49) SoZ, 27.4.14
  - 50) AZ, Blick, Exp, NZZ, TA, TG, 10.5.14; SO, So-Bli, SoZ, 11.5.14
  - 51) AZ, 13.5.14
  - 52) NZZ, 29.12.14
  - 53) NZZ, 3.5., 9.5.14; So-Bli, 29.6.14
  - 54) NZZ, 6.5.14; AZ, 7.5.14; NZZ, 19.5., 7.11.14
  - 55) Lit. Hubacher; Lit. Zaugg; SO, 6.4.14; WW, 16.4.14; AZ, 22.4.14; Blick, 28.5.14; LT, 5.6.14
  - 56) WW, 18.6., 23.7.14; TG, 15.8.14; NZZ, 14.10.14; WW, 22.10.14
  - 57) Lib, 12.6.14; TG, 15.9.14; TA, 16.9.14; NZZ, 17.9.14

- 58) Blick, 13.6.14; So-Bli, SoZ, 15.6.14; Blick, 1.7.14; WW, 9.7.14  
59) Blick, 20.6.14; NZZ, 21.6.14; WW, 25.6.14  
60) NZZ, 30.6.14; Lib, 4.12.14  
61) Blick, 2.7.14; NZZ, 25.10.14  
62) NZZ, 2.8.14  
63) Blick, 16.8.14; SO, 17.8.14; BaZ, Blick, NZZ, TA, 18.8.14; AZ, Blick, SGT, TG, 19.8.14; Blick, WW, 20.8.14; NZZ, 23.8.14; SGL, 8.9.14; LZ, 15.9.14; Lib, 16.9.14; NZZ, 22.9.14  
64) SoZ, 13.4.14; Blick, 26.8., 27.8.14  
65) NZZ, 5.9.14; WW, 29.10.14  
66) SoZ, 14.9.14; NZZ, 15.9.14; WW, 17.9.14; LT, 2.10.14  
67) NZZ, 11.9., 17.9.14  
68) BZ, 16.9.14; LZ, NZZ, 24.9.14  
69) NZZ, 27.9.14  
70) NZZ, 29.10.14; Blick, 16.12.14  
71) NZZ, 25.2.14; TA, 26.2.14; SoZ, 23.3.14; NZZ, 9.4., 9.8.14; BaZ, 2.9.14; NZZ, 4.10.14; BaZ, NZZ, TA, 1.11.14; LT, 5.12.14; BaZ, 8.12.14  
72) WW, 5.11.14; Blick, 7.11.14; AZ, NZZ, 8.11.14; SO, 9.11.14; WW, 12.11.14; So-Bli, 23.11.14; Blick, 27.11.14; So-Bli, 28.12.14  
73) Oswald (2015). This Jenny. Ein reiches Leben. Wörterseh.; AZ, 14.2.14; So-Bli, 20.4., 19.10.14; SO, So-Bli, SoZ, 16.11.14; AZ, 17.11.14; WW, 19.11.14; Blick, 22.11.14  
74) NZZ, 13.1., 24.11.14  
75) Lit. Bühlmann; SO, 30.11.14  
76) NZZ, 30.6.14; AZ, 31.7.14; So-Bli, 24.8.14; NZZ, 2.12.14; TA, 13.12.14  
77) WW, 2.1., 9.1., 23.1., 30.1., 6.2.14; WW, 9.4.14; WW, 16.4., 23.4., 30.4., 7.5.14; So-Bli, 11.5.14; WW, 4.6.14; SoZ, 8.6.14; AZ, 10.6.14; WW, 11.6., 25.6.14; SoZ, 17.8.14; WW, 3.9.14; Blick, 5.11.14  
78) NZZ, 13.12.14  
79) TA, 22.12.14; NZZ, 23.12.14  
80) SoZ, 21.12.14; LT, 22.12.14  
81) So-Bli, 12.1.14; NZZ, 13.1.14; SO, 13.4.14; NZZ, 14.4., 24.11.14  
82) NZZ, 9.4.14; SO, So-Bli, 13.4.14; TA, 15.4.14; AZ, 16.4.14; NZZ, 7.5.14; BaZ, 9.5.14; TA, 20.9.14  
83) Mutationen  
84) SO, 5.1.14; NZZ, 10.1., 13.1.14; SoZ, 16.2.14; AZ, 18.2.14; NZZ, 9.4., 10.4.14; AZ, 16.8.14; So-Bli, 5.10.14; AZ, 19.12.14  
85) www.fdp.ch; NZZ, 13.1.14; SN, 31.3.14; NZZ, 30.6.14; Blick, 17.9.14; SO, 19.10.14  
86) Blick, 14.11.14; NZZ, 4.12.14  
87) www.sp-ps.ch; NZZ, 31.3.14; So-Bli, 29.6.14; NZZ, 30.6.14; BaZ, 27.10.14  
88) NZZ, 7.4.14; So-Bli, 24.8.14; AZ, NZZ, 25.8.14; Blick, 21.10.14; Lib, TA, 22.10.14; NZZ, 25.10.14; Blick, 28.10.14; AZ, LT, TA, 31.10.14; SO, 2.11.14; Blick, 5.11.14; Lib, 11.11.14  
89) Ip. 14.4310; Medienmitteilung Büro-NR vom 8.5.15; Exp, NZZ, 9.5.15  
90) 24H, LT, NZZ, 29.1.15; LZ, SGT, 5.10.15; So-Bli, 25.10.15